

Akademiegespräche im Landtag

Norbert F. Schneider

Boomtown München – Ödnis auf dem Land?

Bayern im demografischen Wandel



**Bayerischer
Landtag**

Akademie für
Politische Bildung
Tutzing



Prof. Dr. Norbert F. Schneider (Jahrgang 1955) studierte von 1976 bis 1982 Soziologie, Psychologie und Pädagogik an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Bamberg, an denen er anschließend als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Assistent tätig war. Nach der Promotion 1986 und Habilitation 1994 mit einer Arbeit zum Thema „Familie und private Lebensführung in West- und Ostdeutschland“ wurde er 1997 auf eine Professur für Soziologie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz berufen, die er bis 2009 innehatte.

Seither ist Norbert F. Schneider Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) in Wiesbaden, das 1973 mit dem Ziel gegründet wurde, die Ursachen und Folgen des demografischen Wandels in Deutschland zu untersuchen. Das Aufgabenspektrum des BiB umfasst drei Tätigkeitsfelder, die eng miteinander verzahnt sind. So bearbeitet das Institut ein breitgefächertes Forschungsprogramm auf dem Gebiet der Bevölkerungswissenschaft, wobei es häufig auch mit internationalen Partnern zusammenarbeitet. Die Ergebnisse seiner Analysen stellt das BiB anschließend der Bundesregierung zur Verfügung, deren Ministerien es berät und gutachterlich unterstützt. Aber auch der Wissenstransfer in die Öffentlichkeit zählt zu den Aufgaben des Instituts. Es publiziert hierzu unter anderem eine Fachzeitschrift für Demografie, Bevölkerungswissenschaft und Familienforschung sowie eine wissenschaftliche Buchreihe und betreut das öffentlich zugängliche Demografieportal des Bundes und der Länder.

Neben seiner Tätigkeit am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung lehrt Norbert F. Schneider weiterhin als Gast- bzw. Honorarprofessor an verschiedenen Universitäten. Er ist außerdem Mitglied des Expertenrates Demografie beim Bundesministerium des Innern.

**Gedruckt mit Unterstützung des Förderkreises
der Akademie für Politische Bildung e. V.**

**Akademiegespräch
im Bayerischen Landtag**

**Prof. Dr. Norbert F. Schneider
Direktor des Bundesinstituts
für Bevölkerungsforschung**

**Boomtown München –
Ödnis auf dem Land?
Bayern im
demografischen Wandel**

Veranstaltung vom 25. März 2014

Inhalt	Seite
Grußwort Inge Aures Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags	6
Einführung Prof. Dr. Ursula Münch Akademie für Politische Bildung Tutzing	10
Vortrag Prof. Dr. Norbert F. Schneider Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung	16
Auszüge aus der Diskussion	40
Fotos der Veranstaltung	57

Grußwort von Inge Aures, Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
sehr verehrte liebe Frau Professor Dr. Münch,
sehr geehrter Herr Professor Schneider,
liebe Gäste,

stellvertretend für unsere Landtagspräsidentin Frau Barbara Stamm darf ich Sie heute sehr herzlich bei uns begrüßen und ich freue mich, dass Sie dieser Einladung so zahlreich gefolgt sind. Ich darf Sie auch ganz herzlich begrüßen im Namen der beiden Vizepräsidenten Herrn Bocklet und Herrn Meyer. Ich freue mich, dass beide heute Abend auch mit dabei sind, um hier diesen Abend mit Ihnen zu verbringen.

Meine Damen und Herren, es ist heute die 48. Veranstaltung des Akademiegespräches und ich freue mich sehr, dass wir dieses gemeinsam machen. Es ist das erste Akademiegespräch in der neuen Legislaturperiode und ich bin von vielen vorhin schon gefragt worden. „Wie schaut's denn aus? Wie geht es denn weiter?“ Ich sage nur: Lassen Sie sich überraschen, es schaut sehr gut aus!

Meine Damen und Herren, die Themenbreite ist heute hochkarätig vertreten. Wir haben Referentinnen und Referenten, die das alle viel besser können als wir, aber ich freue mich natürlich, dass wir heute auch so viele Gäste begrüßen können. Ich darf stellvertretend für die Kolleginnen und Kollegen des Bayerischen Landtags zunächst die Spitzen der Fraktionen begrüßen.

Ich freue mich sehr, dass von der CSU-Fraktion der Fraktionsvorsitzende, unser Kollege Herr Kreuzer, heute da ist.

Ich begrüße auch den stellvertretenden Vorsitzenden der Freien Wähler, Herrn Dr. Karl Vetter. Auch Ihnen einen herzlichen Willkommensgruß.

Für die SPD-Fraktion begrüße ich die wirtschaftspolitische Sprecherin, Frau Annette Karl. Sie kommt auch aus der Oberpfalz, also aus einem Bereich, der heute noch Thema sein wird.

Für Bündnis 90/Die Grünen begrüße ich Herrn Mistol ganz herzlich. Es sind viele Kolleginnen und Kollegen heute da. Ich denke, wir könnten heute eine Allianz über alle Parteien hinweg schmieden.

Ich freue mich, liebe Frau Professor Dr. Münch, dass Sie wieder maßgeblich die Vorbereitungen getroffen haben und als Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing heute wieder zur Verfügung stehen. Ich darf sie deshalb sehr

herzlich begrüßen und mich zunächst einmal gleich für die Vorbereitung bei Ihnen bedanken.

Meine Damen und Herren, ich denke, es wird uns an Themen nicht mangeln, und man sieht es an der hervorragenden Zahl der Gäste, die heute gekommen sind, dass wir in der gemeinsamen Zusammenarbeit, als Teamarbeit des Landtags und der Akademie, hier diese Reihe nun fortsetzen. Und deshalb möchte ich auch an dieser Stelle unseren Mitarbeiterteams sehr herzlich danken, die hier in die Vorbereitungen eingebunden waren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein besonderer Willkommensgruß gilt heute dem Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes - Ihnen Herr Dr. Karl Huber. Ich freue mich, dass Sie gekommen sind, um damit auch die Wichtigkeit dieser Veranstaltung zu dokumentieren.

Ich begrüße ganz herzlich die ehemalige Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags, Frau Roswitha Riess, und ich darf ganz besonders herzlich begrüßen den Vorstand der Stiftung Maximilianeum, sozusagen unseren Hausherrn, Sie, sehr verehrter Hanspeter Beißer. Ich wünsche Ihnen einen guten Abend und ich denke es ist schön, wenn auch hier in Ihren Räumlichkeiten diese Veranstaltung stattfindet.

Meine Damen und Herren, ich grüße sehr herzlich die Mitglieder des konsularischen Korps, die Vertreterinnen und Vertreter der Gerichte und der Staatsverwaltung sowie die Verantwortlichen der Bundeswehr. Ebenso herzlich grüße ich die Damen und Herren der Universitäten, der Hochschulen und der Akademien sowie die Vertreterinnen und Vertreter unserer Medien, die darüber natürlich auch berichten sollen.

Ein besonderer Willkommensgruß gilt aber unserem Gastredner am heutigen Abend, Ihnen, sehr verehrter Herr Professor Dr. Schneider und ich freue mich, dass wir heute die fränkische Linie hier reinbringen. Sie stammen aus Oberfranken und ich denke, dass es ganz gut ist, dass wir heute aus Franken auch einen Impuls nach Bayern geben.

Also die Franken hätten da schon „a wenger!“ mehr klatschen müssen. Nichtsdestotrotz freuen wir uns auf einen Abend, der sich mit dem demografischen Wandel beschäftigt. Ich selber komme aus dem sogenannten Hundeknochen, dem Stimmkreis, der fusioniert wurde: Wunsiedel-Kulmbach. Ich habe die leidvollen Erfahrungen also persönlich zu machen, und ich hoffe natürlich, dass ich heute Abend auch etwas mit nach Hause nehme und etwas lernen kann.

Ich denke, es ist wichtig, dass wir uns den Folgen des demografischen Wandels nicht entziehen, sondern uns der Aufgabe stellen. Und so gilt es natürlich heute, eine Analyse aufzustellen, aber es gilt auch, den Blick in die Zukunft zu werfen. Es gilt, das Morgen, und möglicherweise auch das Übermorgen, zu beleuchten, wie es dann in unserem Freistaat aussehen könnte. Und einer Sache bin ich mir jetzt schon sicher: Es wird sicherlich kein einheitliches Bild geben.

Aber nun sind wir alle sehr gespannt auf Ihren Vortrag, sehr verehrter Herr Professor Schneider, und auf die anschließende Diskussion. Ich werde nun in bewährter arbeitsteiliger Weise – das hat mir die Frau Präsidentin gesagt –, das Mikrofon und das Rednerpult an Sie, Frau Professor Münch, übergeben.

Ich wünsche uns einen Abend, den wir nicht vergessen. Ich wünsche uns gute Gedanken und Ideen, die wir mit nach Hause nehmen, und dass Sie nicht sagen müssen: Wir haben es bereut, dass wir diesen Abend dem demografischen Wandel Bayerns geopfert haben. – Herzlich Willkommen!

**Einführung von Prof. Dr. Ursula Münch,
Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing**

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, liebe Frau Aures,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrte Gäste,
und vor allem natürlich, sehr geehrter Herr Kollege Schneider!

Heute also ein Akademiegespräch zum Thema „Demografischer Wandel“. Wir haben dieses Thema, wie Sie sich denken können, sehr bewusst gewählt. Wir haben beim Titel übrigens auch die Zeichensetzung sehr bewusst gewählt, das tun wir immer. Dieses Mal ganz bewusst ein Fragezeichen.

Wir haben das Thema aber nicht deshalb gewählt, weil es sich beim demografischen Wandel womöglich um ein neues Phänomen handelt. Dass sich Gesellschaften verändern, dass sie wachsen oder schrumpfen, oder sich mit der Integration von Einwanderern auseinandersetzen müssen, das gehört zur Menschheitsgeschichte seit tausenden Jahren.

Das beweist zum Beispiel eine Sonderausstellung der Leibniz-Gemeinschaft, die noch bis 30. März im Deutschen Museum zu sehen ist. Eine ungewöhnliche Ausstellung: Man kann sie durch eine dreidimensionale, begehbare Bevölkerungspyramide betreten. Diese begehbare Pyramide macht die Veränderungen des Altersaufbaus der deutschen Gesellschaft seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts auch sinnlich nachvollziehbar.

Auch bei den Kommunalwahlen in Bayern war der demografische Wandel ein Thema: Im Münchner Wahlkampf spielte die Entwicklung Münchens zur „Boomtown“ eine sehr große Rolle. Wie muss Politik auf die Zuwachsraten reagieren? Wie kann Politik auf horrenden Wohnungsmieten, überfüllte U-Bahnen und den Dauerstau auf den Straßen reagieren?

Diese Fragen stellen sich dann besonders dringlich, wenn wir uns die Prognosen für das Jahr 2030 anschauen. Laut Demografiebericht München, herausgegeben vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung, wird die Einwohnerzahl Münchens bis 2030 um fast 15 Prozent auf rund 1,65 Millionen Einwohner ansteigen. In vielen bayerischen Regionen zeigt sich dagegen ein anderes Bild. Hier ging es im Kommunalwahlkampf nicht um die Frage der Zuwanderung, sondern hier beschäftigt die Leute, wie man mit den Folgen von Geburtenrückgang und Wegzug umgehen soll.

Was bedeutet es für den regionalen Arbeitsmarkt, das regionale Bildungswesen, das Gesundheitswesen und die Infrastruktur, wenn die Bevölkerung in einzelnen Regionen Bayerns deutlich sinken wird? Die Prognose für die Bevölkerungszahl

im Landkreis Hof im Jahr 2030 sagt: Schrumpfung um 16 Prozent, auch kreisfreie Städte wie Coburg werden Einwohner verlieren – laut Prognose aller Voraussicht nach circa ein Achtel ihrer Einwohner.

Bei der Debatte um den demografischen Wandel muss es vor allem um die Frage seiner Folgen gehen. Aber natürlich beschäftigt die Verantwortlichen auch die Frage, wie man an den Ursachen ansetzen kann – wenn schon nicht an den Ursachen des Geburtenrückgangs, so doch wenigstens an den Ursachen des Wegzugs, gerade der Jüngeren.

Zu den Folgen des demografischen Wandels gehört, dass Ende 2013 immerhin neun der 71 bayerischen Landkreise über keine eigene Entbindungsstation mehr verfügen, im Landkreis Regen hat zu Jahresbeginn 2014 auch die letzte Geburtenstation geschlossen. Diese Schließungen sind nicht nur eine Folge der sinkenden Geburtenzahlen, das natürlich auch. Aber hinzu kommt: Diese Schließungen sind auch die Folge von Zentralisierungsentscheidungen.

Demografischer Wandel geht offenbar in vielen Teilen Deutschlands, in vielen Teilen Bayerns mit Zentralisierung einher. Das verleiht dem demografischen Wandel zusätzliche Relevanz, und vor allem zusätzliche Dramatik. Wie können weitere negative Folgen dieser Zentralisierung verhindert werden?

Gegen den Geburtenrückgang hilft eine bessere Breitbandversorgung eher nicht. Aber der geplante Ausbau des schnellen Glasfasernetzes könnte zumindest einen Beitrag leisten, um eine weitere Abwanderung von Fachkräften zu verhindern, zumindest dann, wenn die entsprechenden Förderprogramme so konzipiert sind, dass auch ländliche Gemeinden die Chance haben, Mittel abzurufen.

Warum der demografische Wandel als Thema für ein Akademiegespräch? Wir sehen zwei Schiefagen: Einerseits sind den meisten von uns die grundsätzlichen Fakten zum demografischen Wandel, der uns in den nächsten Jahrzehnten bevorsteht, bekannt. Die Stichworte lauten: Wir werden älter, wir werden weniger, und die Gesellschaft wird bunter. Andererseits ist festzustellen, dass die Fakten zwar bekannt zu sein scheinen, aber wir lassen diese Fakten nicht so recht an uns herankommen. Das hat vielleicht damit zu tun, dass der demografische Wandel uns so unterschiedlich betrifft: Wenn man im Großraum München lebt, und das auch statistisch untermauerte Gefühl hat, dass die Stadt und die gesamte Metropolregion immer voller wird, dann fällt es vielleicht schwerer, sich mit den Folgen des demografischen Wandels, vor allem aber mit den Folgen der Bevölkerungsver-schiebungen innerhalb des Freistaates auseinanderzusetzen.

Während die Klassenzimmer in München voll sind, kämpfen gerade die weiterführenden Schulen in ländlichen Regionen fast schon um jeden Schüler, schließ-

lich gilt: Wo wenige Kinder geboren werden, da lernen natürlich auch wenige Schülerinnen und Schüler. Die Bildungspolitik, die sich auch mit dieser Herausforderung befasst, ist Angelegenheit der Länder. Das ist sinnvoll. Schließlich wäre es nicht sinnvoll, von Berlin aus Schulpolitik zu machen. Inzwischen muss man aber bereits überlegen, wie es gelingen kann, mit einer einheitlichen Landesschulpolitik den unterschiedlichen Anforderungen auf dem Land und in der Großstadt gerecht zu werden.

Die Interessenslagen der Zuzugsgebiete und die Interessenlagen im ländlichen Raum sind zum Teil sehr unterschiedlich. Und dennoch gilt: Auch die Zuzugsgebiete sind vom demografischen Wandel betroffen. Auch hier ändert sich die Zusammensetzung der Bevölkerung, zwar nicht im Sinne des „Wir werden weniger“, aber im Sinne des „Wir werden älter“, und vor allem im Sinne des „Die Gesellschaft wird bunter“.

Dieses Bunterwerden sehen wir in vielen Münchner Stadtteilen, durchaus aber auch in der gesamten Region. Ursächlich für die starke Zuwanderung nach München waren in den letzten Jahren besonders die EU-Osterweiterung und die damit verbundene Arbeitnehmerfreizügigkeit, aber eben auch die anhaltende Wirtschafts- und Finanzkrise in vielen EU-Mitgliedstaaten.

Die vorhin erwähnte Alterspyramide, die in der Ausstellung der Leibniz-Gesellschaft die Alterung der Gesellschaft so anschaulich macht, diese Alterspyramide hätten wir schon vor Jahren gebraucht. Vielleicht hätte jeder Mandatsträger, jeder Amtsträger, jeder Unternehmensvorstand und jeder mittelständische Unternehmer – kurz: wir alle – diese begehbare Alterspyramide einmal durchschreiten müssen, und dabei fühlen, wie konkret ein vermeintlich abstraktes Phänomen sein kann.

Unser Wissen um die bevorstehenden Veränderungen kontrastiert mit einer Unlust, sich mit Folgen des demografischen Wandels und mit den jeweiligen Reaktionsmöglichkeiten und Handlungserfordernissen auseinanderzusetzen. Verkürzt könnte man sagen: Der demografische Wandel passiert, aber gestaltet wird er zu wenig, viel zu wenig. Und das ist beileibe nicht nur die Schuld der Politik.

Im September letzten Jahres hat eine große Mehrheit der Bayern einen neuen Auftrag in die Bayerische Verfassung aufgenommen: Fast 90 Prozent der Wähler gaben ihre Zustimmung für einen neuen Verfassungsauftrag in Artikel 3 Absatz 2 der Verfassung. Dieser Zusatz lautet: „Er“ – der bayerische Staat – „fördert und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern“ – und das Zitat geht an dieser Stelle noch weiter: „in ganz Bayern, in Stadt und Land.“

90 Prozent Zustimmung für diese Verfassungsänderung ist das eine. Die Debatte darüber, was passieren muss, damit dieser Auftrag auch erfüllt werden kann, ist das andere. Dieser Auftrag zur Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse steht zwar neu in der Bayerischen Verfassung, aber dieser Auftrag war bereits zuvor als Leitziel der bayerischen Landesplanung definiert. So heißt es in Artikel 5 Absatz 1 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes: „Leitziel der Landesplanung ist es, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Teilräumen zu schaffen und zu erhalten.“

In der Begründung zum Gesetzesentwurf zur Änderung der Verfassung vom Dezember 2012 wiesen die Initiatoren zu Recht aber auch darauf hin, was „gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen“ nicht sein können. Zum einen bedeutet „gleichwertig“ nicht „gleichartig“. Zum anderen weist die zitierte Formulierung „in Stadt und Land“ aber darauf hin, dass diese gleichwertigen Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten anzustreben sind.

Von der bayerischen Staatsregierung wurde der Aktionsplan demografischer Wandel verabschiedet. Dieser Aktionsplan adressiert viele dieser Fragen und verspricht „Bayern lässt keine Region zurück.“ Ein Verfassungsauftrag, ein Landesentwicklungsplan, ein Aktionsplan demografischer Wandel müssen jeweils umgesetzt werden.

Die dort formulierten Aufträge sollen Eingang in die tägliche politische Praxis finden. Dazu ist politische Steuerung erforderlich, dazu sind politische Entscheidungen und politische Prioritätensetzungen notwendig. Doch die Frage nach der Lebensfähigkeit der verschiedenen Regionen unter den so unterschiedlichen Bedingungen des demografischen Wandels, diese Frage betrifft nicht nur die Politik. Es ist ganz maßgeblich auch eine ökonomische Frage. Was sind die Folgen des demografischen Wandels für die Unternehmen?

Die IHK für München und Oberbayern stellt fest, dass viel zu wenige Betriebe diese Frage wirklich angehen. Die IHK selbst hat gerade in einer umfangreichen Studie „Wachstumsdruck erfolgreich managen“ untersucht, wie der Großraum München trotz aller Veränderungen weiterhin erfolgreich wachsen kann. Die IHK hat dazu sechs konkrete Handlungsempfehlungen ausgesprochen. Dazu gehört vor allem die Forderung nach einer starken Stadt-Umland-Gemeinschaft.

In anderen Regionen Bayerns, die nicht den Wachstumsdruck erleben, sondern Bevölkerungsverluste ertragen müssen, gibt es zwangsläufig ganz andere Handlungsempfehlungen für die Unternehmen, für die Gesundheitsversorgung, für die Bildungsplanung, für die Verkehrsplanung und für den Umgang mit dem Fachkräftemangel.

Der demografische Wandel fordert nicht nur die Politik und die Unternehmen heraus. Er fordert alle Bereiche der Gesellschaft heraus. Was können die Vereine tun, um sich darauf einzustellen, dass der demografische Wandel auch die Struktur ihrer Mitgliedschaft verändert? Wie breit ist der Breitensport eigentlich noch, wenn die Alterspyramide unten schmal wird? Bleibt der Nachwuchs auf der Strecke oder erkennen wir rechtzeitig, dass die Alten zwar in der Mehrzahl sind, den Jungen aber dennoch die Zukunft gehört?

Ich habe vorhin von Schieflagen gesprochen. Die eine Schieflage ist, dass wir trotz ausreichenden Informationen über den demografischen Wandel immer noch zum Verdrängen neigen. Die zweite Schieflage besteht darin, dass wir den demografischen Wandel überwiegend als Bedrohung wahrnehmen und sehr selten als Chance.

Diese Form der Wahrnehmung erklärt wohl auch den eben beschriebenen Unwillen, sich mit dem Thema intensiv auseinanderzusetzen. Warum Chance? Was kann am demografischen Wandel eine Chance darstellen? Nun, dass der demografische Wandel auch Vorteile birgt, zeigt sich, wenn wir die anstehenden gesellschaftlichen Veränderungen auf ihre individuellen Aspekte beziehen:

Wir gewinnen Lebenszeit – mit jedem Jahr, das wir älter werden, steigt unsere Lebenserwartung im Durchschnitt um drei Monate. Wir werden eben nicht nur irgendwie älter. Sondern: Wir werden gesünder älter. Die Verlängerung unserer Lebensspanne beschert uns zusätzliche Jahre, die wir aktiv gestalten können, zumindest dann, wenn uns dafür die materiellen Ressourcen zur Verfügung stehen.

Das heutige Akademiegespräch hat eine große Resonanz erzeugt. Hier, im früheren Senatssaal ist heute ein großes Fachpublikum versammelt: Aus verschiedenen Ministerien, Mitglieder der Regierung von Oberbayern, der Landrat des Landkreises Starnberg und stellvertretende Vorsitzender des Regionalen Planungsverbands München, Führungskräfte aus den Regionalen Planungsverbänden und den Ämtern für Ländliche Entwicklung, aus den Fachreferaten der Landeshauptstadt München und von den kommunalen Spitzenverbänden, aus den Gerichten, aus der Bundeswehr, aus den Sicherheitsbehörden, und natürlich zeigt die Zahl der heute hier anwesenden Abgeordneten des Bayerischen Landtags, dass wir ein wichtiges Thema ansprechen.

Auch aus diesem Grund wollen wir Ihnen nach dem Vortrag von Professor Schneider Gelegenheit zur Diskussion geben. Zunächst möchte ich Ihnen aber den heutigen Referenten vorstellen:

Herr Professor Dr. Norbert F. Schneider ist der Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. Er studierte Soziologie, Psychologie und Pädagogik, an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Bamberg. Nach dem Studium war er wissenschaftlicher Assistent ebenfalls an beiden Universitäten: Bamberg und Erlangen-Nürnberg. Er wurde 1986 in Bamberg promoviert und 1994 ebenfalls in Bamberg habilitiert. Von 1995 bis 1997 leitete er einen Arbeitsbereich am Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb) und war stellvertretender Institutsleiter.

Schließlich wurde Herr Schneider 1997 auf eine Professur für Soziologie an die Johannes Gutenberg-Universität Mainz berufen. Seit fast fünf Jahren, seit April 2009, ist er Direktor des renommierten Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), Wiesbaden. Neben vielen anderen nationalen und internationalen Tätigkeiten ist Herr Professor Schneider seit 2010 auch Mitglied des Expertenrates Demografie beim Bundesministerium des Innern.

Sehr geehrter Herr Schneider, wir danken Ihnen für Ihr Kommen und wir freuen uns auf Ihren Vortrag!

Vortrag von Prof. Dr. Norbert F. Schneider
Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin,
liebe Frau Münch,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist eine große Freude für mich, dass ich heute die Gelegenheit habe, zu Ihnen über das Thema „Demografischer Wandel“ sprechen zu können. Ich habe mich sehr über die Einladung gefreut. Als ich mich auf dieses Referat vorbereitet habe, war ich sehr beeindruckt, wie viele Expertisen es in Bayern zum Thema Bewältigung der Folgen der demografischen Entwicklung gibt, und wie viele politische Aktivitäten bereits in Gang gekommen sind, die sich mit dem Thema auseinandersetzen. Das hat mich veranlasst, noch einen zusätzlichen Akzent zu setzen und nicht nur über Bayern zu sprechen, denn: Sie sind die Experten! Was kann ich Ihnen als Franke, der emigriert ist, noch groß über Bayern erzählen? Deswegen will ich die Situation in die Entwicklungen in Deutschland einbetten, um sie so vielleicht noch ein bisschen besser verständlich machen zu können.

Ich will also über Trendursachen und am Schluss ausführlich über politische Herausforderungen sprechen und möchte mit der Überlegung anfangen, dass seit ziemlich genau vier Jahren – wir sprachen vorhin darüber, Frau Münch, vielen Dank übrigens für die sehr freundliche Vorstellung –, zumindest auf Bundesebene, das Thema demografischer Wandel eine sehr viel größere Aufmerksamkeit durch die Politik erfährt. Die Kabinettsklausur, ich glaube im November 2010, in Meseberg, war gewissermaßen die Weichenstellung und fällte den Beschluss, eine Demografiestrategie zu entwickeln.

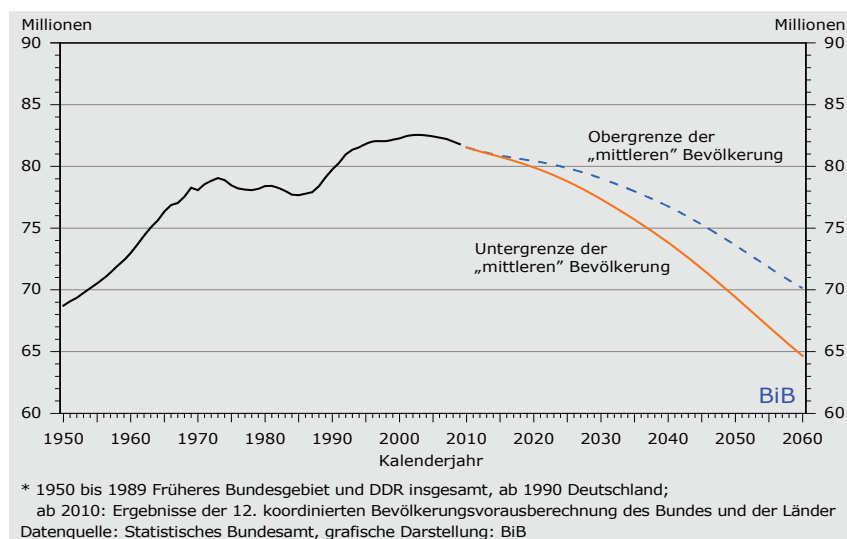
Die Kanzlerin hat beim ersten Demografiegipfel in Berlin die Relevanz des demografischen Wandels in einem Atemzug genannt mit der Energiewende, dem Klimawandel und der Globalisierung. Ich darf Ihnen als Bevölkerungswissenschaftler sagen, da gehört das Thema auch hin.

Der demografische Wandel ist in der Tat gegenwärtig in aller Munde – Sie können die Zeitung aufschlagen und werden mit großer Wahrscheinlichkeit einen Bericht oder ein Essay darüber finden – und er ist es aus gutem Grund: Der demografische Wandel wird nämlich erst in den kommenden 30 Jahren seine Dynamik richtig entfalten. Wir stehen ganz am Anfang der Dynamik, die jetzt beginnt, und der demografische Wandel wird Deutschland – und er wird auch Bayern – nachhaltig verändern.

In der aktuellen öffentlichen Diskussion wird der demografische Wandel oft mit drei Stichworten charakterisiert: Deutschland schrumpft, Deutschland altert, Deutschland wird bunter. Lassen Sie mich diese Tendenzen ein bisschen genauer betrachten.

Ich werde Ihnen einige Grafiken zeigen, einige Zahlen, aber bitte nicht erschrecken. Ich versuche viele dieser Entwicklungen ein Stück weit aus anderen als den üblichen Perspektiven zu interpretieren, um damit vielleicht auch eine veränderte Einschätzung dieser Geschehnisse zu erreichen.

Bevölkerungsstand in Deutschland, 1950–2060



Deutschland schrumpft, Deutschland altert, Deutschland wird bunter. Betrachten wir also diese drei Tendenzen nacheinander.

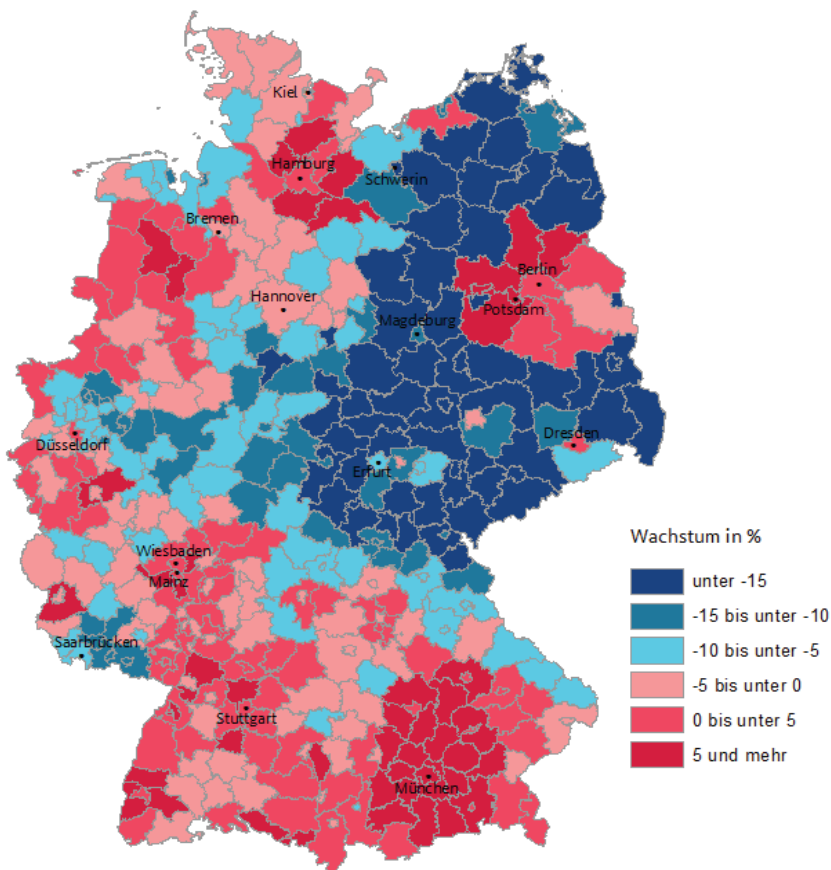
Die erste Entwicklung: die Größe der Bevölkerung. Hierzu kann ich Ihnen das mitbringen, was unter dem Stichwort „12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung“ bekannt ist. Das ist die Entwicklung der Bevölkerung der letzten 50 Jahre und vorausberechnet in die Zukunft bis 2060.

Wir sehen Folgendes: Gegenwärtig befinden wir uns in einer absolut untypischen Situation, nämlich auf dem Peak einer Entwicklung und wenn wir der Prognose glauben, dann werden wir in 30 Jahren in Deutschland so viele Menschen haben wie vor 40 Jahren. Wir erreichen also definitiv, was die Größe der Bevölkerung in Deutschland anbelangt, keinen neuen Zustand, sondern wir kehren zu einem

altbekannten Zustand, zu einer altbekannten Größenordnung von 70 bis 75 Millionen Einwohnern in Deutschland zurück.

Es gibt, was die Schrumpfung anbelangt, aus meiner Sicht keinen Anlass zu dramatisieren. Vielleicht nur am Rande sei erwähnt, viele von Ihnen werden es wissen: Wir wissen so genau gar nicht, wie viele Einwohner Deutschland hat. Wir sind bis vor relativ kurzer Zeit – bis vor knapp zwei Jahren – davon ausge-

Bevölkerungswachstum nach Kreisen, 2009–2030



Datenquelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung; Berechnungen: BiB
Geometrische Grundlage: © GeoBasis-DE / BKG (2012)

© BiB 2012

gangen, dass wir in Deutschland knapp 82 Millionen seien. Das war die Bevölkerungsfortschreibung der Volkszählung 1987 bzw. in der DDR 1982, und der neue Zensus hat dann ergeben, dass wir 1,5 Millionen weniger sind. Viele Kommunalpolitiker, die von größerer Schrumpfung betroffen sind, zweifeln diese Zahlen an. Es gibt keinen exakten Ausweis im Hinblick auf die Bevölkerungsgröße, sondern nur eine Annäherung.

Diese Entwicklung „Deutschland schrumpft“ verläuft regional enorm unterschiedlich. Es gibt eine riesige Spreizung, die sehr oft unter dem Aspekt neue und alte Bundesländer verhandelt wird. Diese Verhandlung ist vielleicht auf den ersten Blick nicht ganz falsch, aus meiner Sicht ist sie dennoch unzutreffend.

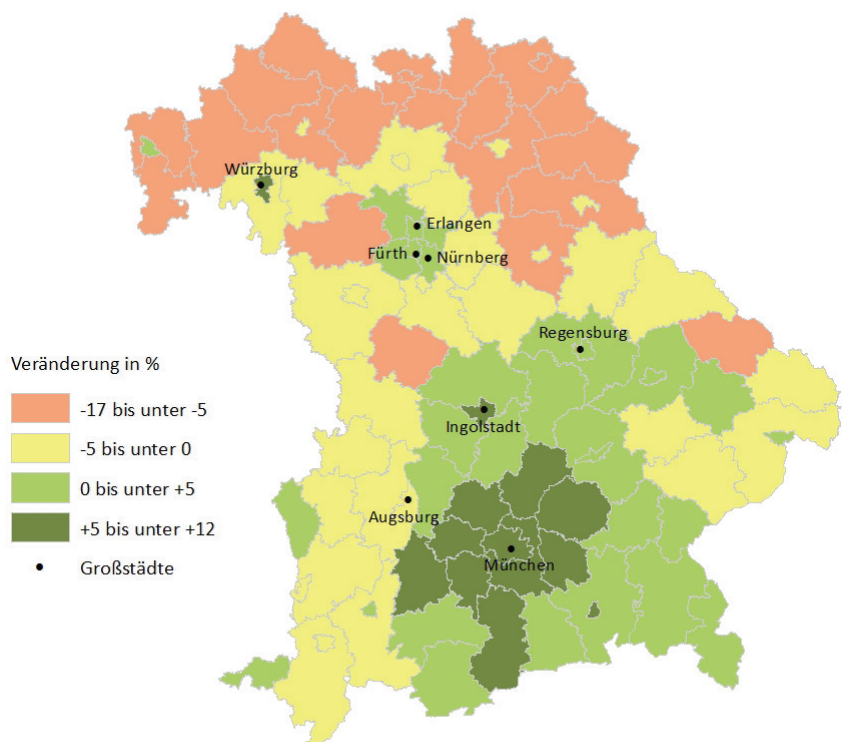
Es gibt große Schrumpfsregionen, die liegen vor allem in den neuen Bundesländern, insbesondere in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, teilweise in Ostsachsen. Aber es gibt auch Schrumpfsregionen, die in Bayern liegen, einige auch in Nordrhein-Westfalen oder in Rheinland-Pfalz, nur um Beispiele zu nennen. Es gibt aber auch enorme Wachstumsregionen, nämlich vornehmlich in Brandenburg, also im Umland von Berlin, auch in den Großstädten Sachsens oder in den Universitätsstädten wie Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Botschaft hier ist: Wir dürfen die Bevölkerungsentwicklung und die Größe nicht als reines Ost-West-Phänomen behandeln. Es ist ein Phänomen, das sehr viel kleinräumiger zu betrachten ist. Bayern – ich habe Ihnen auch die Situation für Bayern mitgebracht – ist ein Bundesland, wo wir im Unterschied zu vielen anderen Bundesländern in ganz besonderer Weise enorm unterschiedliche Entwicklungen beobachten können.

Wir haben erhebliche Schrumpfsregionen – das wissen Sie natürlich – in Nord- und Ostbayern, und wir haben enorme Wachstumsregionen: München, München-Umland und große Teile von Oberbayern. Das, was Sie vorhin gesehen haben, diese Spreizung auf Bundesebene – die Region mit den größten Wachstumsraten ist München mit 20 Prozent; die mit größten Schrumpfszahlen Thüringen mit annähernd 30 Prozent –, das findet sich nicht ganz so ausgeprägt, aber doch fast in ähnlichem Ausmaß auch in Bayern wieder.

Wir haben hier die Region Wunsiedel, die in den nächsten 20 Jahren aller Voraussicht nach nochmals 16 Prozent der Bevölkerung verlieren wird. Ähnlich groß war der Verlust schon in den vergangenen 20 Jahren und ähnliche Entwicklungen gibt es auch in Hof, in Kronach insbesondere. Gleichzeitig wächst München – und München wird sich auch in den nächsten 20 Jahren mit erheblichen Wachstumsraten weiterentwickeln.

Bevölkerungswachstum in Bayern nach Kreisen, 2012–2030



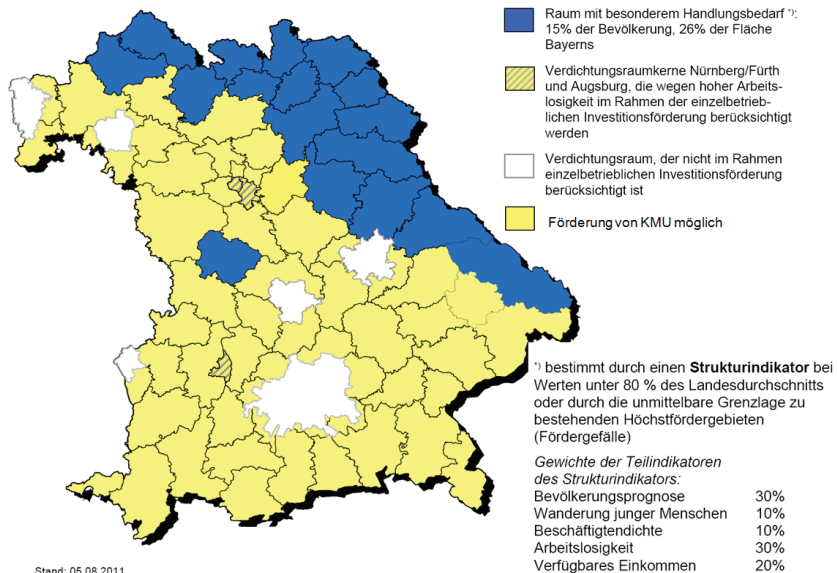
Datenquelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; Berechnungen: BiB
Geometrische Grundlage: © GeoBasis-DE / BKG (2013)

© BiB 2014

Diese Spreizung ist gewaltig. Bayern insgesamt hat jetzt eine Bevölkerungsgröße erreicht, von der wir ausgehen, dass sie in den nächsten 20 Jahren Bestand haben wird. Wir gehen davon aus, dass Bayern als Bundesland von seiner Bevölkerung nicht weiter wachsen wird, auch nicht schrumpfen, aber in den Regionen werden enorm unterschiedliche Entwicklungen ablaufen.

Das hat dazu geführt, dass es Regionen gibt – die blau eingefärbten –, die vom Vorrangprinzip der Regionalförderung profitieren sollen. Ich habe Ihnen das vor allem deswegen mitgebracht, weil ich auf das hinweisen möchte, was hier ganz oben neben dem blauen Kästchen steht, dass nämlich 15 Prozent der Bevölkerung und 26 Prozent der Fläche dazugehören. Das heißt, ein Viertel der Fläche Bayerns entwickelt sich demografisch so ungünstig, dass es einer besonderen Förderung bedarf. Das ist die Botschaft an dieser Stelle.

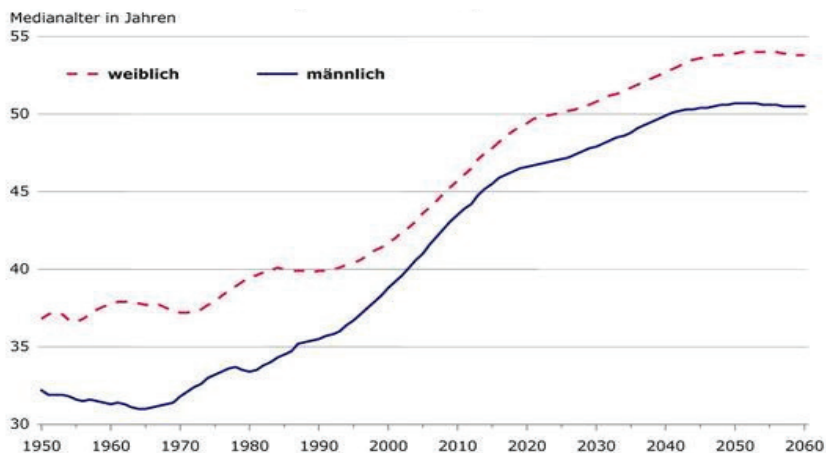
Mögliche Anwendung des Vorrangprinzips auf die bayerische Regionalförderung (Vorschlag StMWIVT)



Betrachten wir die zweite Tendenz, die Tendenz der Alterung. Ich habe zur Alterung einige Indikatoren mitgebracht. Der Indikator, den ich persönlich sehr gern verwende, ist das sogenannte Medianalter der Bevölkerung. Was ist das Medianalter? Das teilt die Bevölkerung in zwei Hälften. Die eine Hälfte ist jünger als dieses Alter und die andere Hälfte ist älter als dieses Alter, also ein vergleichsweise einfacher Indikator. Sie sehen hier zwei Linien, das sind Männer und Frauen. Sie sehen, dass dieses Medianalter in den letzten Jahrzehnten enorm gestiegen ist und weiter steigen wird.

Gegenwärtig beträgt dieses Medianalter in Deutschland 45 Jahre, das heißt, die Hälfte der Bevölkerung ist gegenwärtig jünger, die Hälfte älter als 45. In 30 Jahren wird dieses Alter dann bei ungefähr 52 liegen, also ein weiterer massiver Anstieg. Bayern selbst nimmt die gleiche Entwicklung, aber auf niedrigerem Niveau. Die Bevölkerung in Bayern ist also jünger als die Bevölkerung Deutschlands, und sie wird jünger bleiben.

Medianalter der Bevölkerung in Deutschland, 1950–2060



* Die Berechnungen für 2011 und 2012 beruhen noch auf der Fortschreibung früherer Volkszählungen. Die Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011 ergibt aber im Hinblick auf die Altersstruktur der Bevölkerung und damit auch auf diese Berechnungen nur geringfügige Abweichungen.
Ab 2013: Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder Variante 1-W1; Untergrenze der "mittleren" Bevölkerung

Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

© BiB 2014

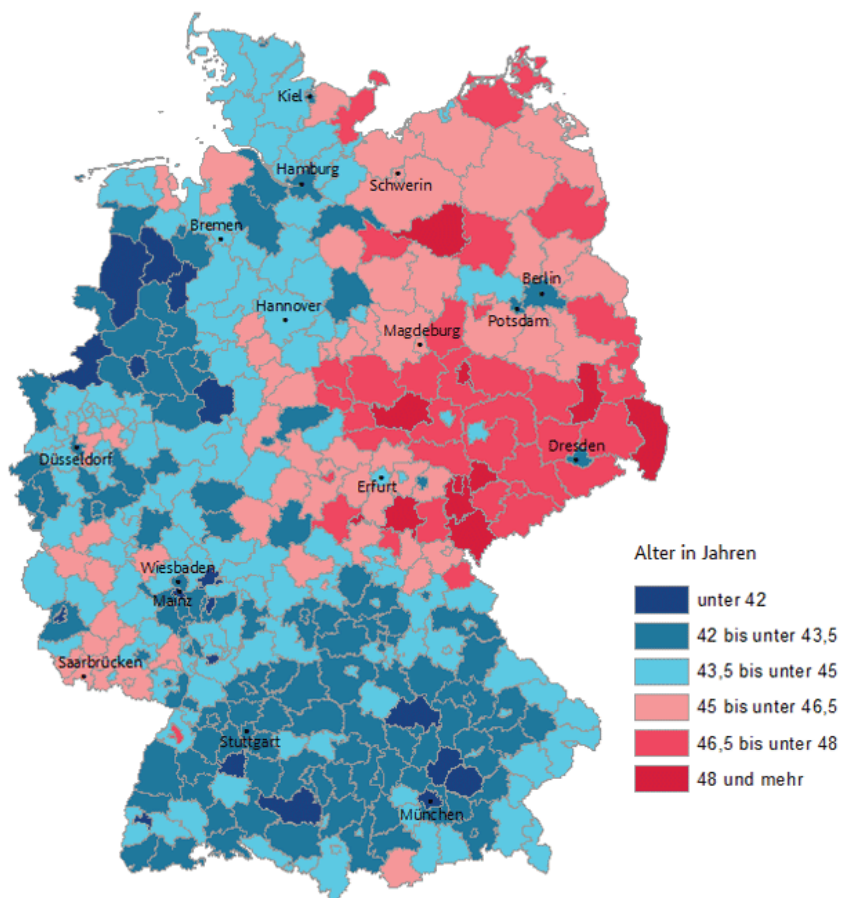
Nur zum Vergleich: Deutschland hat gegenwärtig die zweitälteste Bevölkerung weltweit. Nur Japan hat ein höheres Medianalter. Wir werden demnächst in dieser Hinsicht überholt werden – am Ende sozusagen, global betrachtet – von Italien. Wo gibt es eigentlich die jüngste Bevölkerung?

Sie gibt es im subsaharischen Afrika. Ich habe Ihnen mal die Zahl für Uganda mitgebracht: Das Medianalter in Uganda liegt bei 17,5. Ich glaube, die Zahl ist gewaltig, wenn man sich vorstellt, dass die Hälfte der Bevölkerung im Kindes- und Jugendalter ist. Man kann sich die Probleme vorstellen, wenn man bedenkt, wer diese Menschen ausbilden und wer sie in eine vernünftige Erwachsenensituation führen soll.

Das sind völlig andere Probleme am anderen Pol dieser Entwicklung. Auch beim Durchschnittsalter der Bevölkerung können wir erhebliche regionale Unterschiede feststellen, mehr als bei der Schrumpfung entlang der Ost-West-Dimension. Die älteste Bevölkerung haben die Kreise Görlitz, der Vogtlandkreis und Suhl. In Bayern tauchen wieder die drei gleichen Kreise auf: Wunsiedel, Hof und Kronach mit einem Medianalter derzeit zwischen 47 und 49 Jahren.

Das ist über dem Bundesdurchschnitt. Wenn wir uns die Entwicklung über die letzten Jahre ansehen, dann können wir auf Regierungsbezirksebene in Bayern feststellen, dass alle Regierungsbezirke gealtert sind, dass sie weiterhin altern werden, dass eine vergleichsweise große Streuung vor 30 Jahren sich in 20 Jahren fast auf einen Punkt zubewegt und München ein absolut konstantes Medianalter hat. Über 50 Jahre hinweg liegt es bei ungefähr 42 Jahren und es hat sich nicht verändert. Wir gehen davon aus, dass es sich auch nicht verändern wird.

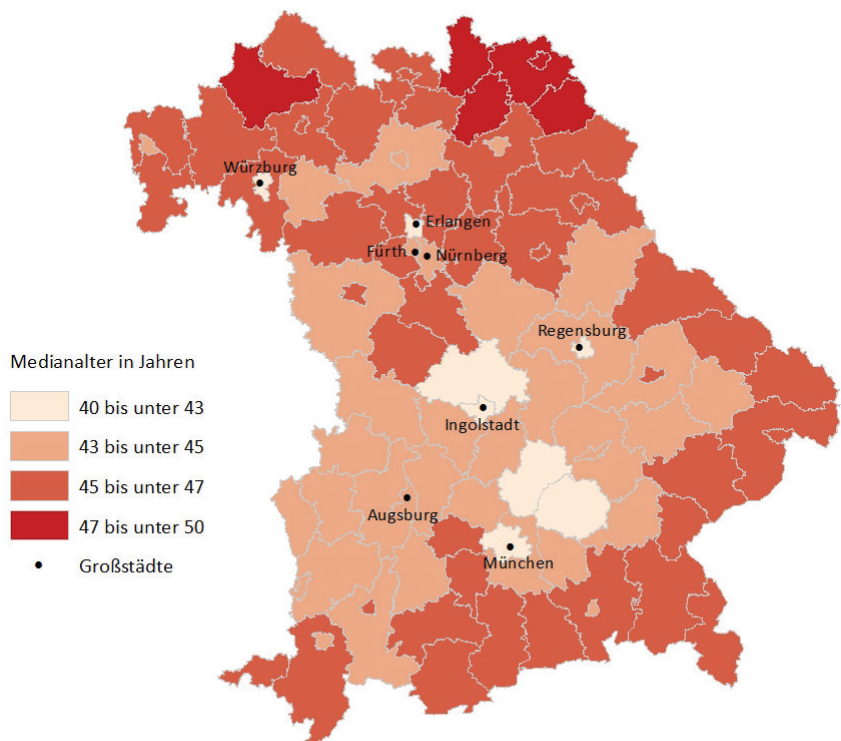
Durchschnittsalter der Bevölkerung nach Kreisen, 2011



Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen: BiB
Geometrische Grundlage: © GeoBasis-DE / BKG (2012)

© BiB 2012

Medianalter der Bevölkerung in Bayern nach Kreisen, 2012



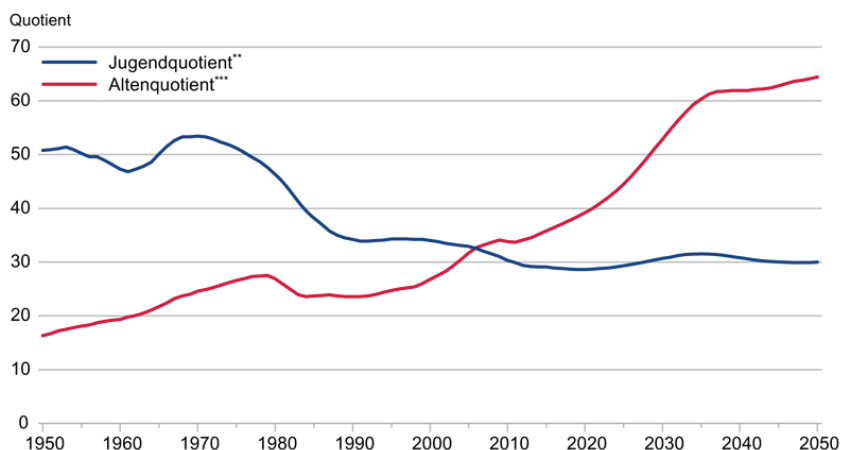
Datenquelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; Berechnungen: BiB
Geometrische Grundlage: © GeoBasis-DE / BKG (2013)

© BiB 2014

Ein anderer Indikator neben dem Medianalter sind die sogenannten Jugend- und Altersquotienten. Beim Altersquotient ist das die Relation der 65-Jährigen und Älteren bezogen auf die 20- bis 65-Jährigen. Beim Jugendquotient sind es die 0- bis 20-Jährigen bezogen auf die 20- bis 65-Jährigen. Sie sehen hier rot: den Altersquotient; der schwarze Strich ist die Gegenwart. Und das ist ein Indikator dafür, was ich vorhin sagte: Diese Dynamik wird so richtig erst noch in Gang kommen.

Auch hier habe ich die Zahlen für Deutschland und für Bayern für den Altersquotienten dabei. Im Moment beträgt er 35, in Bayern 32. Er wird in Deutschland auf 62 steigen, also 62 der 65-Jährigen und Älteren kommen dann auf 100 20- bis 65-Jährige und in Bayern wird dieser Quotient auf 43 ansteigen, also auf ein Niveau, das nur wenig höher liegt als gegenwärtig in Deutschland.

Jugend- und Altenquotient in Deutschland, 1950–2050



* ab 2012: Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 1-W2

** Unter 20-Jährige je 100 20- bis unter 65-Jährige

*** 65-Jährige und Ältere je 100 20- bis unter 65-Jährige

Datenquelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen: BiB

© BiB 2012

Auch hier gibt es in Bayern eine ähnliche Entwicklung, aber mit sehr viel geringerer Dynamik und auf deutlich niedrigerem Niveau.

Der Jugendquotient, das sehen Sie, ist gesunken, aber er sinkt nicht weiter. Das heißt: Die volkswirtschaftlichen Investitionen in Bildung, Ausbildung und Betreuung der Kinder und Jugendlichen wird sich nicht wesentlich verändern. Das liegt aber an zwei Entwicklungen: erstens, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen abnimmt; und zweitens, dass in der Zukunft die Zahl der 20- bis 65-Jährigen abnimmt, wodurch dieser Quotient nicht weiter sinkt.

Das kann man sich auch numerisch ansehen – ich habe nur eine Zahl dabei: die voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen in allen Schularten in Bayern in den kommenden 20 Jahren. Hier erwarten wir einen Rückgang von 17 Prozent – von 1,29 im Schuljahr 2010/11 auf 0,8 Millionen im Schuljahr 2030/31.

Man kann sagen: Okay, dann können wir für das gleiche Geld bessere Bildung anbieten. Aber es heißt natürlich auch, dass Schulen in der Fläche immer mehr ausdünnen. Ich habe gelesen, ich glaube, die Grenze liegt jetzt bei 25 Schülern. In Hessen wird ähnlich diskutiert, aber es gibt viele Regionen, wo Schulen demnächst diese Zahl nicht mehr erreichen werden, und es stellt sich dann die Frage, wie man damit umgeht.

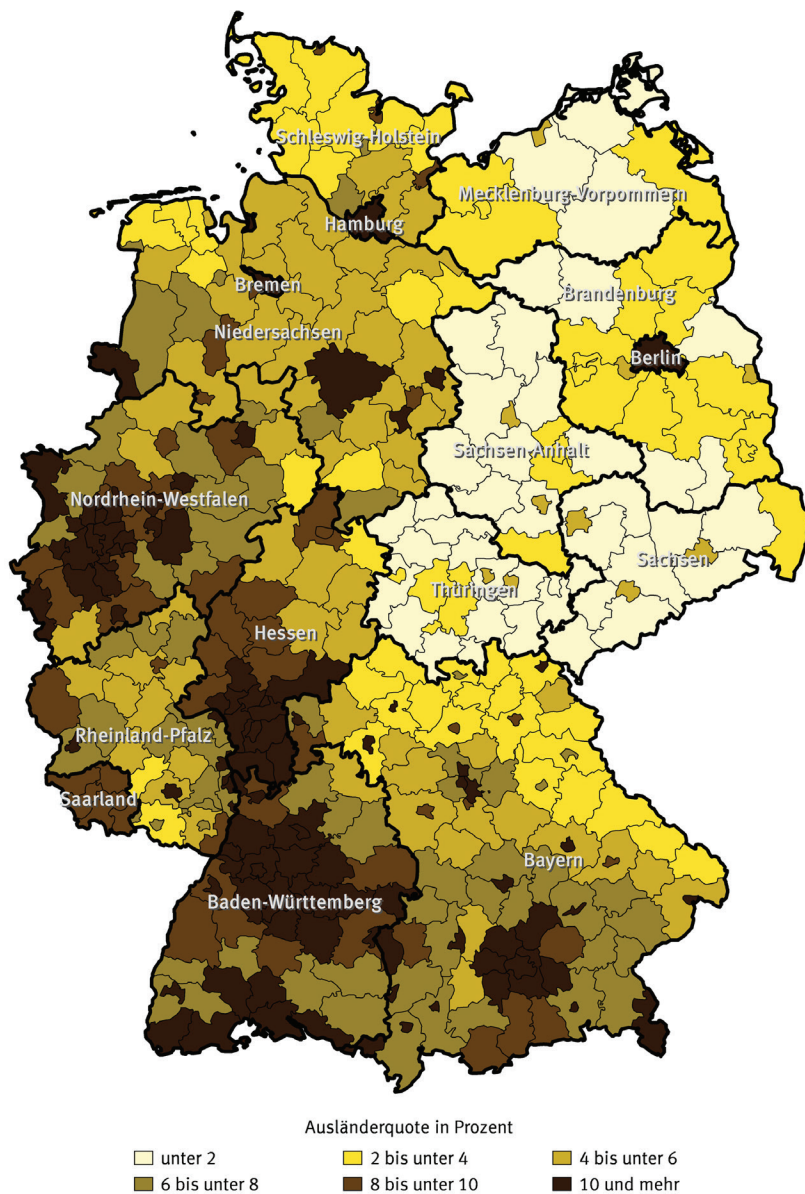
Mein dritter Punkt ist die wachsende Vielfalt. Hierzu zwei Indikatoren: zum einen die ausländische Bevölkerung; zum zweiten die Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Betrachten wir zunächst die ausländische Bevölkerung, dann können Sie hier ebenfalls massive regionale Unterschiede feststellen. Die hellen Flächen bedeuten geringer Anteil, die dunklen Flächen höherer Anteil. Den höchsten Ausländeranteil in Deutschland hat Offenbach mit ziemlich genau 30 Prozent, den niedrigsten Anteil der Erzgebirgskreis mit 1 Prozent. Das ist die Spreizung, die wir in Deutschland vorfinden.

In Bayern liegt der höchste Anteil in München bei 22 Prozent und der niedrigste in Tirschenreuth bei 2 Prozent. Schauen wir uns die Zahlen an: Das ist dieser zweite Kasten, da können wir sehen, dass die Entwicklung der Anzahl der ausländischen Bevölkerung in Deutschland in den letzten 20 Jahren von 6,0 auf 6,6 Millionen angestiegen ist und in Bayern von 0,9 auf 1,1. Den Indikator würde ich ganz klar so deuten: So viel bunter werden wir gar nicht.

Den ersten Indikator „Deutschland schrumpft“ halte ich nicht für so besonders dramatisch. „Deutschland altert“ ist dramatisch. „Deutschland wird bunter“ können wir empirisch nur in sehr beschränktem Umfang feststellen, und das gilt in gewisser Weise auch für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Das habe ich Ihnen hier jetzt auf Bezirksebene mitgebracht. Das ist eine sehr heterogene Kategorie. Es zählen nämlich im Wesentlichen Personengruppen dazu, die nach 1955 zu uns gekommen sind, die im Zweifel Elternteile mit Migrationshintergrund haben. Ich will das im Einzelnen nicht erläutern. Fakt ist zum einen: Es gibt einen Anstieg, auch der ist eher moderat. Und es gibt auch hier eine enorme Spreizung. Die Zahlen habe ich auch hier dabei.

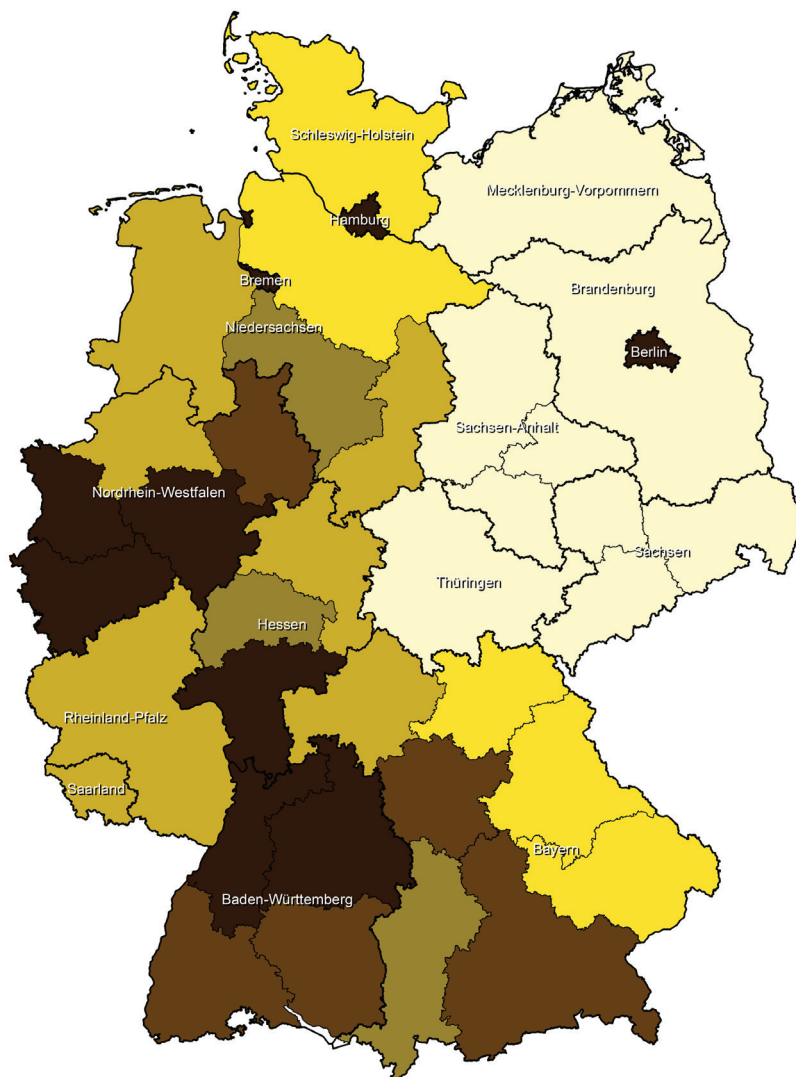
Die niedrigsten Anteile von Personen mit Migrationshintergrund in Bayern finden sich in Oberfranken und der Oberpfalz mit 13 Prozent, die höchsten Anteile in Oberbayern mit 23 Prozent. In Deutschland selbst leben derzeit 16 Millionen dieser Personen, in Bayern 2,5. Das wäre im Prinzip das erste Zwischenfazit. Die Gesamtbewertung dieser ersten Betrachtungen ist der Begriff des demografischen Wandels. Wir verwenden diesen Begriff eigentlich immer seltener. Wir reden eher von Bevölkerungsentwicklung oder von demografischer Entwicklung, denn die demografische Entwicklung ist ein dauerhafter Prozess. Bevölkerungen entwickeln sich immer. Sie werden größer, sie werden kleiner, sie werden älter, sie werden jünger und sie verändern ihre Struktur ebenso wie ihre Verteilung im Raum.

Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung
am 31.12.2013 in den kreisfreien Städten und Landkreisen

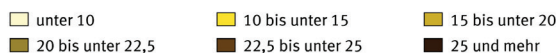


Quelle: Ausländerzentralregister; Bevölkerungsfortschreibung (zum 30.09.2013); © Statistisches Bundesamt 2014; Kartengeometrie: © Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, Frankfurt a.M., 2012

Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung
im Jahr 2012 in den Regierungsbezirken und Ländern



Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in Prozent



Ergebnisse des Mikrozensus 2012; © Statistisches Bundesamt 2013

Demografische Entwicklung ist das, was wir heute unter Schrumpfung diskutieren und manchmal – aber zunehmend seltener – skandalisieren oder als Krisenszenario darstellen. Denken Sie nur an die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg und wie die Bevölkerung im Zuge der Kriegshandlungen geschrumpft ist, wie nachher die Bevölkerung durch die Migrationsbewegungen bunter geworden ist und wie die Gesellschaft in dieser Phase durch die Kriegstoten, die hauptsächlich junge Menschen waren, gealtert ist. Die demografischen Entwicklungen waren kriegsbedingt sehr viel ausgeprägter als das, was wir gegenwärtig erleben. Nur um das Ganze ein bisschen in einen historischen Kontext einzubetten.

Der Begriff „demografischer Wandel“ suggeriert eine Art von Besonderheit, und das zum Teil zu Unrecht. Die einzige Ausnahme – ich wiederhole es noch einmal – betrifft das sehr dynamische Alter. Das ist in der Tat ein historisch neuartiges Phänomen. Alles andere ist eine Erscheinungsform, die wir aus der Vergangenheit kennen und die in der Vergangenheit sehr viel dramatischer verlaufen ist als gegenwärtig. Das gilt auch für die enorme regionale Spreizung. Denken Sie nur an die enormen Verstärkungsprozesse Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts, als ganze Landesteile, insbesondere auch in Bayern, große Teile der jungen Bevölkerung verloren haben, weil diese entweder in die Städte gezogen oder nach Nordamerika ausgewandert sind. Das hatte eine viel größere Dynamik als das, was wir beim Wandel der Bevölkerung heute beobachten können.

Ein weiteres Fazit, das habe ich schon gesagt, wäre noch: Die Entwicklung der Bevölkerung und ihre Struktur wird sehr oft reduziert auf die Altersstruktur, vielleicht noch auf die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung. Aber demografischer Wandel oder Bevölkerungsentwicklung betrifft alle Facetten der Sozialstruktur.

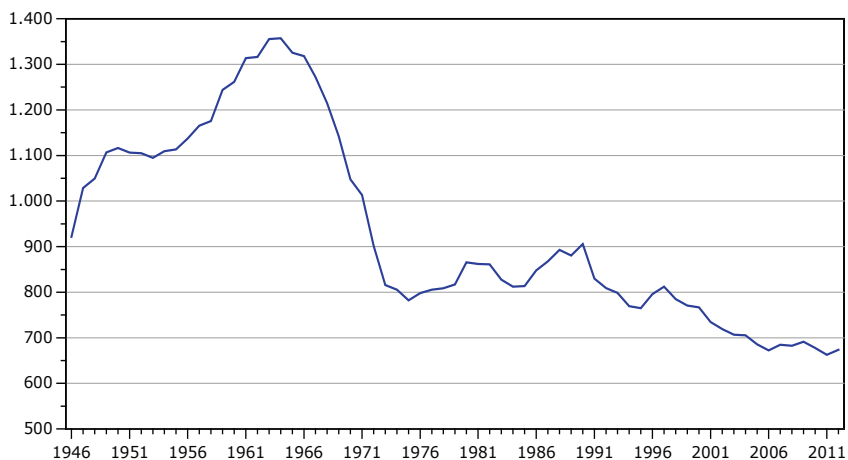
Wenn man in diesem Zusammenhang über etwas sehr Positives berichten kann, dann könnte man die Bildungsstruktur der Bevölkerung nennen und den massiven Anstieg von Personen mit Abitur oder höherer formaler Bildung. Das ist auch ein Teil des demografischen Wandels. Obwohl es unter diesem Label in der Regel nicht verhandelt wird, ist es für die Zukunft der Gesellschaft im Zweifel wichtiger als die ethnische Zusammensetzung oder gegebenenfalls sogar die Alterszusammensetzung der Bevölkerung.

Ich will jetzt ein ganz kleines bisschen die Ursachen dieser Trends im zweiten Teil beleuchten. Die Bevölkerungsentwicklung selbst wird im Wesentlichen durch drei demografische Prozesse geprägt. Die kennen Sie alle: die Fruchtbarkeit, die Mortalität und die Wanderung, hier vor allem die Ein- und Auswanderung, aber auch die Binnenwanderung. Das sind die drei großen demografischen Prozesse, die wir ein wenig näher betrachten wollen.

Ich beginne mit Fertilität. Fertilität müssen wir sehr genau, mindestens im Hinblick auf vier Indikatoren unterscheiden. Der erste Indikator ist die Zahl der Geborenen. Was wir hier sehen, ist die Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland. In der Zeit der Zweistaatlichkeit sind die Zahlen für DDR und BRD einfach zusammengezählt. Sie können sehen, die größte Zahl an Geborenen gab es im Jahr 1964. Diese Kohorte wird dieses Jahr 50 und es waren annähernd 1,4 Millionen Menschen, die in Deutschland in diesem Jahr zur Welt kamen. Und Sie sehen dann, dass ab 1967 die Zahl der Geborenen dramatisch stark zurückgegangen ist bis Mitte der 1970er Jahre. Danach gibt es Schwankungen und seit Anfang der 1990er Jahre gibt es einen Rückgang und dieser Rückgang wird andauern. Das ist absolut unausweichlich.

Wir hatten im Jahr 2011 seit dem Zweiten Weltkrieg die niedrigste Zahl an Geburten in Deutschland. 2012 waren es dann wenige Tausend mehr, also 674.000. Das ist ziemlich genau die Hälfte der Kohorte 1964. Sehr wahrscheinlich ist, dass wir im Jahr 2030 – also in 15 Jahren – nur mehr 580.000 Geburten in Deutschland haben werden. Also nochmals ein Rückgang um weitere 100.000.

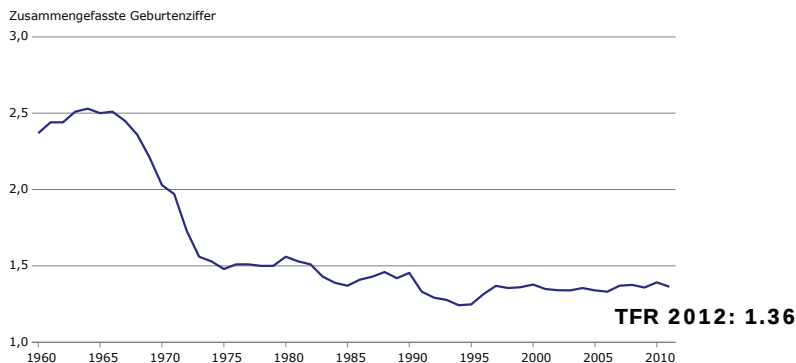
Lebendgeborene in 1000 (Deutschland), 1946–2012



Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Der Hauptgrund ist, dass die Zahl der potenziellen Eltern abnimmt, nämlich die Eltern, die seit 1970 nicht mehr geboren wurden im Vergleich zur Vorgängergeneration. Die Zahl der Eltern nimmt von Jahr zu Jahr im fünfstelligen Bereich ab. Würde man Jahrzehnte nehmen, dann kommt man auf mehrere 100.000 Personen, die einfach als potenzielle Eltern nicht mehr vorhanden sind.

Zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland, 1960–2012

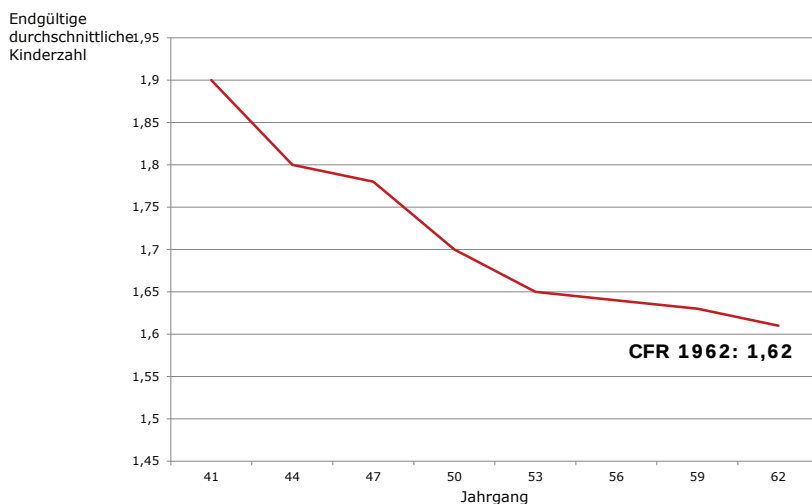


Datenquelle: Eurostat, OECD, Statistisches Bundesamt,
Berechnungen verschiedener Autoren

© BiB 2013

Der weitere Rückgang der Geborenen ist keine Folge von Verhaltensänderung heute, sondern von Verhaltensänderung von vor 50 Jahren. Das sieht man an dieser Kurve, das ist die Geburtenrate. Die Geburtenrate ist seit 1975 konstant. Die Aussage, Menschen bekommen immer weniger Kinder in Deutschland, ist falsch. Sie bekommen seit 30 Jahren immer gleich viel Kinder, nämlich im Schnitt knapp unterhalb von 1,4 Kinder pro Frau. Das ist ein sehr stabiler Wert, wie Sie sehen. Allerdings ist das ein methodisch hoch komplexer Sachverhalt. Der Fachbegriff heißt Gesamtfruchtbarkeitsrate oder „total fertility rate“, das ist ein periodenspezifisches Maß, das so kompliziert ist, dass ich Ihnen jetzt mindestens zehn Minuten erklären müsste, wie das funktioniert, und die Zahl ist eigentlich nichts wert. Das haben wir Demografen seit einiger Zeit – noch nicht sehr lang – gelernt und wir gehen jetzt zunehmend dazu über, die Kohortenfertilität zu betrachten. Wir schauen, wenn Frauen 50 werden, denn dann ist zu erwarten, dass sie keine Kinder mehr bekommen: Wie viele haben sie bis dahin bekommen? Das ist ein sehr exakter Wert. Das Problem ist: Wir können nur über die Vergangenheit reden, nicht über die Gegenwart.

Kohortenfertilität der Jahrgänge 1941 – 1962



Aber betrachten wir diese Kohortenfertilität. Sie sehen hier die Geburtsjahrgänge 1941 bis 1962 – letztere sind jetzt gut 50 Jahre alt. Zwei Dinge können Sie erkennen: Erstens gibt es einen beständigen Rückgang – dort stimmt diese Aussage. Aber sie können auch sehen, dass der Wert 1,62 beträgt und damit beträchtlich höher ist als die 1,36 bei dem vorherigen Indikator. Mithin gehen wir heute davon aus, dass eine Frau eben nicht 1,4 Kinder im Schnitt bekommt, sondern 1,6. Wo kommt der Unterschied her? Die kurze Antwort lautet: Die Periodenfertilität reagiert, wenn die Frauen immer später im Leben ihre Kinder bekommen, mit einer Unterschätzung der durchschnittlichen Kinderzahl pro Frau.

Deutschland hat nach der Schweiz die ältesten Mütter in Europa, eine Mutter ist heute im Schnitt 30,5 Jahre alt, wenn sie ihr erstes Kind bekommt. Weil dieses Aufschubverhalten seit Jahrzehnten stattfindet, ist dieser Unterschied zwischen Kohorten- und Periodenfertilität so groß.

Ich habe Ihnen hier Folgendes mitgebracht: Das ist diese periodenspezifische Geburtenrate auf Kreisebene. Sie können sehen, es gibt 413 Kreise in Deutschland. Die niedrigste Geburtenrate deutschlandweit hat Würzburg, die zweitniedrigste hat Passau, und München rangiert auch ziemlich hinten. Die höchste Geburtenrate in Bayern hat Memmingen mit Platz 23. Und Cloppenburg hat schon seit längerem – warum auch immer, wir können es nicht erklären – die höchste Rate.

Geburtenrate auf Kreisebene in Deutschland 2010 (N=413 Kreise)

Rangplatz	Kreis	Geburtenrate
413	Würzburg	0,96
412	Passau	1,02
344	München, Stadt	1,29
23	Memmingen	1,52
1	Cloppenburg	1,70

Das Alter der Mütter habe ich Ihnen auch mitgebracht. Denn auch hier gibt es zu vermerken: Bayern hat die ältesten Mütter Deutschlands. Starnberg, München-Land, München-Stadt – Sie sehen die Rankings 413, 409 und 411 mit jeweils rund 33 Jahren. Hof – einmal in Bayern wirklich ganz oben – hat die jüngsten Mütter Bayerns. Das Bemerkenswerte ist, in Ostdeutschland sind die Mütter sehr viel jünger: Alle Positionen zwischen 22 und 26 sind ostdeutsche Kreise. Aus nicht bekanntem Grund steht aber auf Platz 1 Pirmasens. Die Schuh- und Lederindustrie liegt brach und – wie auch immer...

Alter der Mütter bei der ersten Geburt auf Kreisebene 2010 (N=413 Kreise)

Rangplatz	Kreis	Geburtsalter
413	Starnberg	33,0
411	München, Land	32,7
409	München, Stadt	32,4
27	Hof, Stadt	28,7
1	Pirmasens	27,7

So viel zur Fruchtbarkeit! Zweiter Indikator: Mortalität und Lebenserwartung. Auch hier nur Weniges, das ich Ihnen mitgebracht habe. Allein in den letzten 40 Jahren ist die Lebenserwartung in Deutschland im Schritt um sechs Jahre angestiegen. Lebenserwartung heißt immer, Lebenserwartung bei Geburt – das ist wichtig. Wenn Sie lesen, eine Frau wird heute 82 Jahre alt, heißt das, eine Frau, die heute geboren wird, kann erwarten, dass sie 82 Jahre alt wird.

Mittlere fernere Lebenserwartung 65-Jähriger in Jahren, 1971–2011

	Männer	Frauen
2011	17,5	20,7
1971	11,9	14,8

Zunahme in den vergangenen 40 Jahren: knapp 6 Jahre

Ich habe Ihnen etwas Komplizierteres mitgebracht, das ich sehr spannend finde. Es ist eine Human Mortality Database. Die zeigt über 150 Jahre, woraus der jeweilige Anstieg der Lebenserwartung faktisch resultiert. Die Lebenserwartung steigt seit 150 Jahren beständig an.

Das Interessante aus meiner Sicht ist – betrachten Sie sich diese hellgelben Felder: Ende des 19. Jahrhunderts lassen sich 62 Prozent des damaligen Anstiegs der Lebenserwartung durch den Rückgang der Säuglings- und Kindersterblichkeit erklären. Das spielt heute keine Rolle mehr. In den 1950er und 1960er Jahren haben alle Altersgruppen profitiert, und heute ist der Anstieg – diese eben genannten sechs Jahre – vor allem durch die Zunahme der Lebenserwartung der 80-Jährigen und Älteren sowie der 65- bis 79-Jährigen zu erklären. Heute passiert sozusagen nichts mehr im jungen Lebensalter, sondern wir leben als alte Menschen immer länger. Das ist der entscheidende Unterschied.

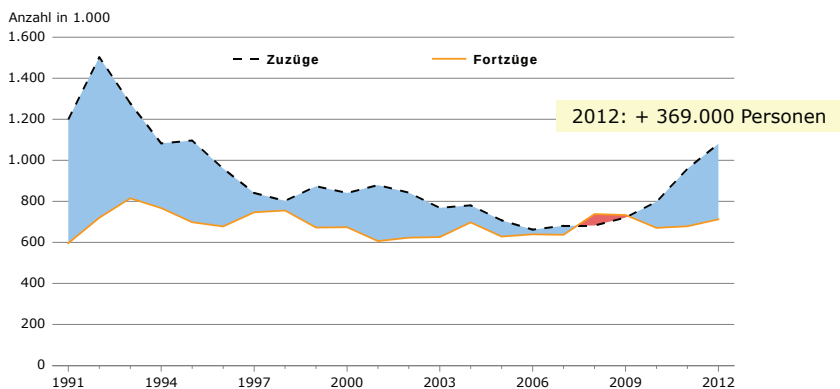
Beitrag der verschiedenen Altersgruppen zur jeweiligen Zunahme der Lebenserwartung von Frauen im Zeitverlauf (in %)

Alter	1850-1900	1950-1975	1990-2007
0-14	62	30	6
15-49	29	18	5
50-64	5	16	11
65-79	3	28	37
80+	0	8	41
Σ	100	100	100

Datenquelle: Human Mortality Database

Eine globale Vergleichszahl hierzu: Der Anteil der 2011 Gestorbenen in Deutschland, die zum Zeitpunkt ihres Todes jünger als fünf Jahre waren, also Kinder und Säuglingssterblichkeit, betrug 0,045 Prozent. Also 0,045 Prozent aller Verstorbenen waren jünger als fünf. Wie hoch ist der Anteil in Niger? 45 Prozent! Das ist die globale Spreizung, das ist die Situation. Die kannten wir vor 150 oder vor 200 Jahren in Deutschland auch, als wir eine massive Säuglings- und Kindersterblichkeit hatten.

Bilanz der Zu- und Fortzüge in Deutschland, 1991–2012

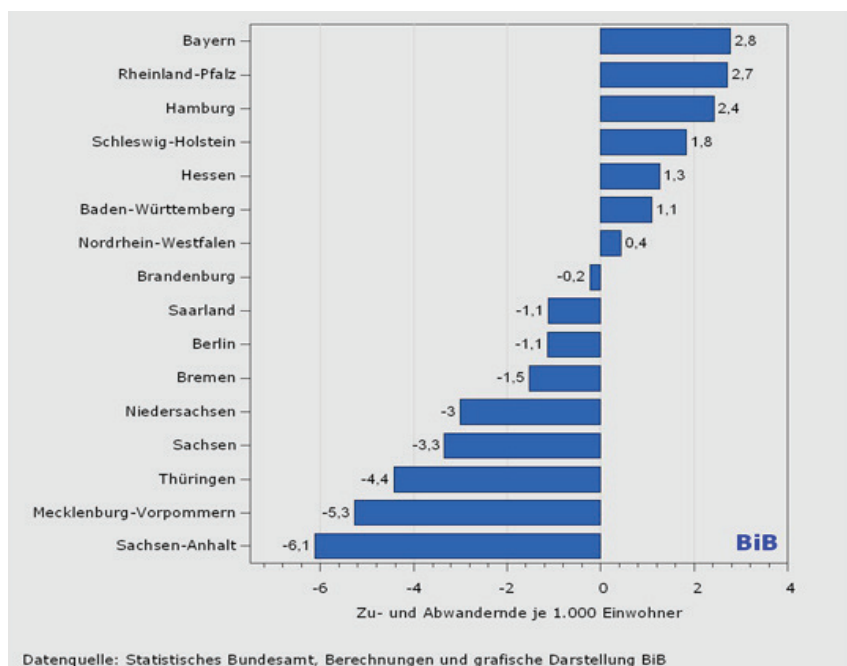


Datenquelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen: BiB

© BiB 2013

Letzter Indikator: Wanderung. Auch hier nur wenig: Sie sehen den Wanderungssaldo über die Grenzen Deutschlands. 2012 gab es ein Zuwanderungsplus von 369.000. Oft wird Zuwanderung als Lösung des Problems insbesondere beim Rückgang der Fachkräfte gesehen. Wir haben es mal durchgerechnet. Um die Zahl der 20- bis 65-Jährigen bis 2033 – also 20 Jahre lang – konstant nur über Zuwanderung zu halten, bräuchten wir in diesen 20 Jahren Neuzuwanderer im Umfang von 24 Millionen. Also vergessen Sie diese Idee. Zuwanderung kann sicherlich mildernd wirken, aber definitiv nicht problemlösend. Das ist völlig eindeutig aus demografischer Sicht.

Binnenwanderungssalden im Durchschnitt der Jahre 1991–2010



Bei der Binnenwanderung gibt es ebenfalls enorme regionale Unterschiede. Die meisten Wanderungsgewinne hat seit sehr langer Zeit Bayern. Die Ostländer verlieren sehr viel. Wenn man in einem zweiten Zwischenfazit die Situation, die demografische Situation in Bayern bewerten wollte, dann könnte man sagen, im Vergleich der Bundesländer wird Bayern in den nächsten 20 Jahren vom demografischen Wandel als gesamte Einheit vergleichsweise wenig betroffen sein. Andere Bundesländer sind viel oder sehr viel stärker betroffen, aber: Die regionalen Disparitäten in Bayern werden sich im Zuge des demografischen Wandels weiter vertiefen. Bayern ist heute schon das Bundesland mit den größten Disparitäten auf Kreis- und Bezirksebene innerhalb des Bundeslandes, und diese Disparitäten werden sich weiter verschärfen.

Insofern kann man Bayern eigentlich nicht als Gewinner sehen, sondern als Land mit einer sehr spezifischen Problematik, die ihresgleichen auf Bundeslandebene in Deutschland sucht, nämlich diese enorm ausgeprägte Spreizung. Nur um es an einem Indikator noch einmal zu verdeutlichen: Das Medianalter der Bevölke-

rung wird um acht Jahre variieren. Das ist eine ungeheuer große Zahl zwischen München und Oberfranken. Jetzt komme ich zum letzten Punkt. Was heißt das für uns, was heißt das für politische Akteure? Ich will Ihnen Grundsatzentscheidungen auf globaler Ebene mit zwei Punkten darlegen. Auf den Weltbevölkerungskonferenzen 1974 und 1994 in Bukarest und Kairo wurden Millenniumsziele formuliert. Wir sind gerade dabei, für die UN zu evaluieren, wie viele dieser Ziele erreicht wurden – keine. Was dort formuliert wurde, war: Erstens, die Entscheidung für Kinder obliegt allein der Verantwortung der Paare. Staatliche Institutionen dürfen nicht unmittelbar regulierend eingreifen. Das hat in Bayern, glaube ich, niemand vor, aber in sehr vielen Ländern wird eine sehr gezielte Bevölkerungspolitik betrieben, um die Geburtenrate direkt zu senken oder zu erhöhen. Das ist nach diesen Beschlüssen illegitim.

Zweiter Punkt: Ziel bevölkerungspolitischen Handelns ist die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen. Das ist nun wirklich wichtig und bedeutet nicht die Erreichung einer für wünschenswert erachteten Größe oder Struktur der Bevölkerung. Es gibt kein Bevölkerungsoptimum. Dieser Satz ist – aus wissenschaftlicher Perspektive – in Stein gemeißelt, und deswegen wären alle politischen Bemühungen, die daraufhin abzielen, obsolet. Was sich politisch tun kann, ist die Lebensqualität der Menschen zu beeinflussen, um damit indirekt Wirkungen zu erzielen. Die Lebensqualität lässt sich durch die Schaffung passender gesellschaftlicher Strukturen beeinflussen, die die Wahlfreiheit der Lebensführung moderieren. Wir haben in Deutschland eine systematische Beschränkung der Wahlfreiheit. Wir haben eine Nachfrage, eine große Nachfrage nach Betreuungsplätzen in vielen Regionen – und ein geringes Angebot. Das ist eine strukturelle Beeinträchtigung der Wahlfreiheit der Lebensführung und damit eine Minderung der Lebensqualität. Wir haben viele Menschen, die suchen nach 30-Stunden-Jobs. Wir halten aber nur 20- oder 40-Stunden-Jobs vor. Es gibt ein massives Unterangebot an vollzeitnahen Beschäftigungsverhältnissen. Das ist eine massive Einschränkung der Wahlfreiheit der Lebensführung und damit der Lebensqualität in Deutschland. Da sehe ich Ansatzpunkte auch für bevölkerungsorientiertes Handeln.

Formuliert wurde allerdings auch, dass bevölkerungsorientierte Politik eine Kernaufgabe von Politik ist. Diese Idee, die wir 50 Jahre in Deutschland hatten, nämlich Zurückhaltung zu üben nach dem Faschismus und seinen Verbrechen, liegt hinter uns und das ist gut so. Ich habe schon vor zehn Jahren mit französischen Kollegen gesprochen, die nur den Kopf geschüttelt haben, wie es sich ein Land wie Deutschland leisten kann, auf diesem Politikfeld nicht wirklich aktiv zu sein. Das hat man dort nie verstanden.

Wie sieht es nun vor diesem Hintergrund in Deutschland aus? Die meisten Punkte kennen Sie, es sind eigentlich zwei Sachverhalte: die Herstellung der Gleichwertigkeit und die Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse. Frau Münch hat es bereits gesagt: Gleichwertigkeit bedeutet nicht Gleichartigkeit. Da gibt es Spielraum für Fantasie und Kreativität. Hier kann man Diversität entwickeln und das ist, denke ich, genau der entscheidende Ansatzpunkt für politisches Handeln, gerade dort, wo die Spreizung zwischen strukturschwachen und strukturstarken Regionen so groß ist wie in Bayern.

Der zweite Punkt ist die Gewährleistung der Daseinsvorsorge und die Garantie der Grundversorgung. Das ist eine rechtlich nicht genau bestimmte Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. Und das läuft letztlich nur über eine intensive Beteiligung der Bürger, über intensive Fantasie: Irgendwann gibt es in Wunsiedel keinen öffentlichen Nahverkehr mehr in der Form, wie wir ihn kennen, sondern Sammeltaxis. In Sachsen-Anhalt fahren diese schon lange, sie kosten 2,50 Euro für den Fahrgast und sind billiger als der öffentliche Nahverkehr.

Das größte Problem in Sachsen-Anhalt ist übrigens nicht die Energieversorgung, nicht der Abfall, nicht das Wasser, sondern das Abwasser. Die Abwasserkanäle verschlammten massiv, weil einfach zu wenig Abwasser eingeleitet wird. Das ist ein wirklich ernstzunehmendes Problem.

Was heißt das für die Demografiestrategie? Im Prinzip gibt es genau zwei Pfeiler: Intervention und Anpassung. Eine bevölkerungsorientierte Politik muss eine gesunde Mischung dieser beiden Pfeiler erreichen. Als Dimensionseckpunkte könnte man sagen: Intervention heißt zielgerichteter Eingriff in die demografische Entwicklung, um die bestehenden Strukturen zu wahren. Wir müssen die Bevölkerung anpassen an das System. Der andere Aspekt ist: Wir müssen das System anpassen an die Bevölkerungsentwicklung. Und zwischen diesen Polen müssen wir uns bewegen. Das ist die Aufgabe. Wir brauchen einen vernünftigen Ausgleich zwischen Intervention und Strukturanpassung.

Grundsätzlich gilt für bevölkerungsorientiertes politisches Handeln, dass die Entwicklung der Bevölkerung nicht kurzfristig steuerbar ist. Das macht den Sachverhalt politisch leider ziemlich unattraktiv. Die Erfolge ernten immer die anderen, Einzelmaßnahmen entfalten in der Regel keine messbare Wirkung.

Die Idee damals, von Ursula von der Leyen, dass mit Einführung des Elterngeldes auch die Geburtenrate steigt, war wissenschaftlich gesehen unhaltbar. Man sollte nicht glauben, mit Einführung einer politischen Maßnahme verändern die Menschen sogleich auch ihr generatives Verhalten.

Deswegen bedarf es langfristig angelegter, konzentrierter Strategien, ohne die keine Wirkung erreicht wird. Bevölkerungsorientierte Politik findet immer vor Ort statt als wettbewerbsorientierte Standortpolitik. Ich habe in Papieren gelesen, in denen dieser Gedanke vielfach sehr kritisch bewertet wird. Aber anders geht es nicht. Wenn wir Diversität brauchen und wollen, muss sie im Wettbewerb entwickelt werden und nicht durch Zentralisierung. Das ist meines Erachtens vollkommen klar. Bund und Länder können hier nur Rahmenbedingungen setzen. Aber das sollten sie auch. Die Bevölkerungsentwicklung kann immer nur indirekt über die Gestaltung der wirtschaftlichen, politischen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen gestaltet werden.

Bevölkerungsorientierte Politik – als kommunale und regionale – ist die Aufgabe der untersten Ebene. Frau Münch sagte es: Der demografische Wandel wurde in Deutschland 20 oder 30 Jahre lang als krisenhafte, schicksalshafte Entwicklung völlig defätistisch interpretiert. Als gäbe es keinen Ausweg: „Der Letzte macht das Licht aus! „Der Mensch geht, der Wolf kommt!“. Das waren die Schlagzeilen in Zeitungen. Es gibt keinen Anlass zu dieser Art von Sorge. Wir müssen und können und sollen den demografischen Wandel als Chance zur Erneuerung, als Anpassung der Strukturen an die Entwicklung begreifen. Kreative Lösungen sind gefragt. Bürgerinnen und Bürger müssen vor Ort intensiv beteiligt werden. Es geht im Wesentlichen um die Sicherstellung der Grundversorgung über Zugang – da ist dann das Breitbandkabel vielleicht tatsächlich sinnvoll. Mobilität kann sicherlich nicht vor Ort, sondern nur über das Prinzip der zentralen Orte geregelt werden. Davon sind wir auch bei diesen strukturschwachen Regionen überzeugt.

Ein kleines Fazit am Schluss: Der demografische Wandel ist nicht auf Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung reduzierbar. Alle Veränderungen der Bevölkerungsstruktur sind relevant. Da gibt es sehr viel Positives zu vermelden. Die Folgen der demografischen Entwicklung sind nicht zwangsläufig krisenhaft, sie bieten die Chance zur Neuerung, das sagte ich.

Der letzte Punkt ist mir sehr wichtig: Die Zukunft einer Gesellschaft wird nicht in erster Linie über ihre Größe moderiert, sondern vielmehr über die Zusammensetzung der Bevölkerung und insbesondere über deren Handeln. Das ist der entscheidende Punkt. Und politisch geht es ganz klar darum, in den nächsten Jahren die Familiengründung als zentrale politische Handlungsebene in Deutschland in den Mittelpunkt zu rücken. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Auszüge aus der Diskussion

Prof. Dr. Ursula Münch: Herr Schneider, ganz herzlichen Dank! Ich habe mir immer eingebildet, mich mit dem Thema Demografie – weil ich mich damit auch beruflich beschäftigt habe – zumindest so gut auszukennen, dass Sie mir heute nichts Neues erzählen könnten. Sie haben aber viel Neues erzählt, also mir zumindest, und sehr vieles sehr anschaulich berichtet. Sie haben Daten, die man glaubt, zu kennen, in einen ganz neuen Zusammenhang gebracht. Ganz herzlichen Dank für ein meines Erachtens ganz vorzügliches Referat!

Ich erlaube mir – das ist jetzt das Privileg, wenn man hier vorne sitzt – eine Frage zu stellen, und dann möchte ich aber auch Sie selbstverständlich einbinden und um Ihre Wortmeldungen bitten.

Herr Schneider, Sie haben darauf hingewiesen: Es sei notwendig, Diversität zu entwickeln, es würde auch ein Wettbewerb zwischen den Regionen stattfinden. Ich habe mich bei der Vorbereitung für das heutige Akademiegespräch auch mit anderen Ländern beschäftigt, mit der Frage: Wie gehen eigentlich andere benachbarte Staaten mit dem Thema des demografischen Wandels um?

Dabei bin ich auf die Schweiz gestoßen. Auch in der Schweiz gibt es eine vergleichbare Diskussion. Einerseits spricht man dort ebenfalls von Metropolregionen, andererseits von sogenannten „potenzialarmen Räumen“. Diese potenzialarmen Räume sind in der Schweiz die Bergkantone. In diesen Regionen erscheint bevölkerungsmäßig eine Trendumkehr, ein Wachstum oder wenigstens eine Konsolidierung gar nicht mehr möglich. Dort muss im Grunde der geordnete Rückzug, zum Beispiel mit Blick auf die Infrastrukturen, stattfinden.

Ist das eine Diskussion, die nur mit Blick auf Bergkantone stattfindet oder haben Sie den Eindruck, mit Ihrem Blick jetzt auch auf die gesamte bundesdeutsche Debatte, dass das auch ein Thema ist, das uns in der Bundesrepublik und in Bayern bevorsteht. Gibt es auch bei uns Regionen, wo so etwas wie ein geordneter Rückzug stattfinden muss? Und dann wäre natürlich die nächste Frage: Wie muss man sich so einen geordneten Rückzug vorstellen? Ist das auch ein Thema für die Bundesrepublik?

Prof. Dr. Norbert F. Schneider: Das ist definitiv ein Thema für die Bundesrepublik. Ich bin ab und an aktiv in den östlichen Bundesländern, namentlich in Sachsen-Anhalt. Da stellt niemand mehr ernsthaft infrage, dass es demnächst weniger Dörfer geben wird als heute. Da wird diskutiert, wie kann man einen geordneten, einen gelingenden Rückbau zustande bringen. Da diskutiert auch niemand mehr darüber, Ansiedlungen zu erhalten. Sachsen-Anhalt verliert zwischen 1990 und 2030 40 Prozent seiner Bevölkerung, wenn unsere Prognosen stimmen.

Wenn Sie jetzt fragen: Wie wird es demnächst in Wunsiedel aussehen? Dann würde ich jetzt nicht unbedingt spontan die gleiche Antwort geben. Es ist aber vollkommen klar, dass im Hinblick auf das vorhin zitierte Wort der Daseinsvorsorge wir in diesen Regionen nicht mehr davon ausgehen können, dass um die Ecke ein Krankenhaus ist, ein Kindergarten und ein Supermarkt. Deswegen brauchen wir Zugang und Mobilität. Es wird auch keinen Hausarzt mehr in Schirnding geben oder in Arzberg, davon müssen wir ausgehen. Es gibt aber Entwicklungen, zum Beispiel Internetmedizin, die dazu führen werden, dass man sich bei sehr vielen kleinen Krankheiten über das Internet die Konsultation mit dem Arzt holt, und das ist im Zweifel einfacher, als sich drei Stunden ins Wartezimmer zu setzen. Davor muss einem nicht Angst werden.

Dieses Konzept der zentralen Orte heißt eben, dass man regional vor Ort, in Marktredwitz meinerseits, alle Grundversorgung in guter Qualität vorhält und die Menschen können – deswegen ist Mobilität wichtig – auch mit 70, 80 und 85 im Zweifel noch Auto fahren. Sie fahren dann von Schirnding nach Marktredwitz, um ihre Dinge zu erledigen. Auch davor muss einem nicht bange sein.

Noch eine kleine Fußnote am Rande – das sage ich nicht unbedingt in Bayern so explizit, aber in Mecklenburg-Vorpommern und als Beispiel ist es doch ganz passend: Denken Sie mal 50 Jahre zurück. Was waren massive europäische Schrumpfungsregionen? Die Toskana und die Provence. Und was ist dann passiert? Urbanes akademisches Milieu hat diese Gegenden für sich entdeckt, es hat sie neu erfunden und heute sind es äußerst schicke Regionen. Warum können wir uns nicht vorstellen, dass in Mecklenburg-Vorpommern die Seegrundstücke demnächst von Schweden, Dänen und Polen gekauft werden? Vielleicht gibt es auch ähnliche Entwicklungen von natursuchenden Liebhabern, die sich im Bayerischen Wald oder im Fichtelgebirge oder im Frankenwald niederlassen.

Ich will damit sagen: Bevölkerungsentwicklung, und damit verbunden das Auf und Ab von Regionen, sind keine linearen Prozesse. Der Wandel verläuft immer zyklisch. Vor 130 Jahren ist die Porzellanindustrie in Nordost-Oberfranken aufgetaucht. Dann gab es riesige Bevölkerungszuwächse, prosperierende Phasen, und jetzt gibt es eben die gegenteilige Entwicklung.

Aber das heißt nicht, dass es nie wieder anders werden wird. So muss jetzt – wie lange wissen wir nicht – vorübergehend ein Niedergang verzeichnet werden. Aber auf den Niedergang kann auch wieder ein Aufstieg folgen.

Das mag ein bisschen optimistisch stimmen. Aber es geht wirklich darum, sich unter Einbeziehung der Rahmenbedingungen, die vor Ort herrschen, ein Stück weit neu zu erfinden. Das eröffnet Chancen, und wenn das gelingt, und in Bayern wird es gelingen, dann muss man sich, glaube ich, keine Sorgen machen.

Prof. Dr. Ursula Münch: Dann wollen wir jetzt nicht über Ihre Sorgen reden, aber sicherlich den einen oder anderen Diskussionsbeitrag und natürlich auch Fragen annehmen. Ich darf Sie um Wortmeldung bitten. Wir haben Mikrofone. Sie kennen die Regeln: Wir bitten um eine ganz kurze Vorstellung, und dann um eine präzise Frage oder einen Kommentar, jeweils aber bitte nicht als Koreferat. Danke. Wer traut sich als Erstes?

Gerhard Hopp (MdL): Ich komme aus dem Landkreis Cham, aus der Oberpfalz und möchte kurz auf den Titel der heutigen Veranstaltung zu sprechen kommen. „Boomtown München – Ödnis auf dem Land?“ Als Oberpfälzer maße ich mir an, mitten in München, auch mal die Hauptstadt anzusprechen. Wir haben von der extremen Spreizung bei der Bevölkerungsentwicklung auch in den nächsten Jahren von Ihnen gehört. Ich glaube, dass es nicht unbedingt nur zum Vorteil der Landeshauptstadt ist, wie sich die Bevölkerungsentwicklung zeigen wird, wenn ich an die Lebensqualität und die Lebenshaltungskosten denke.

Ich komme aus einem Landkreis, der in den letzten drei bis vier Jahren von einem Wegzugs- zu einem Zuzugslandkreis geworden ist, obwohl er ländlicher Raum ist. Wie schätzen Sie das ein? Ich würde mich nicht nur auf die Naturliebhaber verlassen wollen, sondern vor allem auf etwas anderes: auf Arbeitsplätze.

Gerade mit Bildung, mit akademischer Bildung, mit hochwertigen Arbeitsplätzen im ländlichen Raum, könnte man auch in den nächsten Jahren etwas entgegenzusetzen und manche Trends vielleicht zum Teil auch im ländlichen Raum umkehren. Ich bin da nicht so negativ eingestellt, und glaube, dass man manche Trends zumindest abschwächen könnte. Wie schätzen Sie das ein?

Prof. Dr. Norbert F. Schneider: Da bin ich in beider Hinsicht ganz bei Ihnen. Das Erste, darauf bin ich kaum eingegangen. Wenn ich mehr Zeit gehabt hätte, wäre es ein Punkt geworden: Boomtown München und Boomregion angrenzender Landkreis und Oberbayern. Wachstum heißt nicht unbedingt nur: Alles wird besser, es ist eine sehr ambivalente Entwicklung. Es sind nicht nur die steigenden Mietpreise und die Verkehrsdichte. Schrumpfung kann auch einen Reiz haben, allerdings nicht, wenn sie 40 Prozent beträgt. Die Naturliebhaber allein können das Gebiet in Ost- und Nordbayern nicht retten, das ist klar. Da müssen dann schon auch Arbeitsplätze hin, zum Beispiel Industrie- oder Dienstleistungsarbeitsplätze. Diese klassische Idee, die Produktion in das flache Land zu bringen, ist möglicherweise schwierig umzusetzen. In Einzelfällen mag es gelingen. Es gibt Beispiele, auch in Bayern. Ob diese funktioniert haben, müssen die Protagonisten beurteilen. So ist zum Beispiel das Staatsinstitut für Familienforschung, wo ich mal tätig war – von München nach Bamberg umgesiedelt worden. Das ist eine kleine Einrichtung und ich erinnere mich gut, wie die Münchner in Bamberg

angekommen sind. Sie waren sauer und viele schnell wieder weg. Ob das also das Mittel der Wahl ist, da möchte ich zumindest ein Fragezeichen machen. Insofern denke ich, es müssen sich auf der Ebene dieser Bezirke Mittelzentren etablieren, die weiter prosperieren werden. Ganz klar. Bevölkerungsrückgang und Alterung werden dort ebenfalls nicht flächendeckend erfolgen. Man könnte noch sehr viel kleinteiliger als auf Kreisebene hinschauen – und dann würde man sehen, in der Stadt Cham läuft es gut, und zehn Kilometer weiter im Nachbardorf läuft es nicht gut. Das muss man einfach hinnehmen, das kann man auch nicht ändern.

Prof. Dr. Ursula Münch: Jetzt ist hier eine Wortmeldung und dann in der nächsten Reihe.

Fragesteller: Guten Abend, Herr Professor Schneider. Ich leite hier ein Planungsinstitut, das sich mit Kommunalentwicklung und Beratung befasst. Vielen Dank für den spannenden Vortrag.

Sie hatten die zwei Säulen genannt: Anpassung und Intervention. Intervention setzt eigentlich voraus, dass ich Ziele habe. Wohin will ich eigentlich intervenieren? Sie hatten auch betont, dass die Entwicklung eigentlich von den Paaren entschieden wird und entschieden werden soll. Ist das nicht ein Widerspruch, einerseits staatliche Ziele zu haben, damit ich intervenieren kann und andererseits die freie Entscheidung bei den Paaren liegen zu haben? Wie stehen Sie dazu?

Prof. Dr. Norbert F. Schneider: Hervorragender Punkt! Da haben Sie eine Schwachstelle wunderbar aufgespießt. Darüber denken wir seit Langem nach. Das ist natürlich ein scheinbarer Widerspruch. Die Bundesregierung, namentlich die Familienministerinnen konstatieren seit Jahren: Es gibt eine Lücke. Wir können nämlich einen Kinderwunsch messen und wir können eine faktische Kinderzahl messen. Aber dazwischen gibt es eine Lücke. Der Kinderwunsch ist sehr viel höher als die tatsächlich realisierte Kinderzahl.

Das könnte man jetzt zum Argument machen: Die Menschen wollen eigentlich mehr Kinder, aber weil die Wahlfreiheit der Lebensführung eingeschränkt ist, und die Lebensqualität nicht so ist, wie man es sich wünschen würde, wird ein Teil dieser Lebensplanung nicht realisiert. Darum müssen wir uns politisch kümmern. Es muss auch klar werden, dass bestimmte Ziele, zum Beispiel in der Bildungspolitik, Effekte auf das Geburtengeschehen haben können. Viele sagen, dass 30 Prozent oder 40 Prozent eines Jahrgangs studieren sollen. Das ist auch eine bevölkerungspolitische Aussage. Das nehmen wir einfach so hin.

Wir vergessen, dass Menschen als Handwerker oder in anderen Bereichen auch hervorragende Leistungen für diese Gesellschaft erbringen können und wollen. Aber wir sagen: „Mach’ erst mal Abitur und lerne etwas Vernünftiges im Studi-

um.“ Da machen wir uns gar keine großen Gedanken, aber wir sollten es tun. Wir müssen auch kritisch hinterfragen, ob wir nicht zu viel voraussetzen, nicht zu ein- greifend sind, nicht zu sehr Leitbilder produzieren, die wir in einer freiheitlichen Gesellschaft in der Form eigentlich an möglichst wenig Stellen vorgeben sollten.

Prof. Dr. Ursula Münch: Gerade dieser Punkt mit der veränderten Bildungsteil- nahme hat wiederum seine Rückwirkungen auf die demografische Entwicklung. Wenn man die Abiturientenquote und die Akademikerquote verändert, hat das ja gewisse Rückwirkungen, zumindest auf das Alter der Mütter. Den Zusammen- hang gibt es ja.

Prof. Dr. Norbert F. Schneider: Nicht nur auf das Alter der Mütter. Deutschland hat wiederum nach der Schweiz den höchsten Anteil dauerhaft kinderloser Frau- en. Beim Jahrgang 1968 sind 23 Prozent der Frauen kinderlos geblieben. Wenn man das jetzt nach Bildung differenziert, dann stellt man fest: Bei Frauen mit höchstens Hauptschulabschluss 16 Prozent, bei Abiturientinnen 30 Prozent und bei Frauen mit Universitätsabschluss 33 Prozent. Wir können oft davon ausgehen, dass der Bevölkerungswandel im Sinne des Geburtenrückgangs nicht dadurch hervorgerufen wird, dass die Menschen weniger Kinder kriegen, sondern dass sich soziale Milieus verändern. Wir nennen das Kompositionseffekt der Sozialstruktur. Wenn der „Bauer“ quantitativ abnimmt und der „urbane Akademiker“ quantitativ zunimmt, sie aber ihre ursprüngliche Verhaltensweisen beibehalten, das heißt, der Bauer kriegt viele Kinder, der Akademiker wenig, dann hat das Folgen für das Ge- burtenverhalten, ohne dass sich das Geburtenverhalten der Akademiker oder der Bauern ändern würde. Das ist ein sehr massiver Effekt. Obwohl die Veränderung nicht bei den generativen Entscheidungen stattfindet, sondern anderswo, zum Beispiel im Bildungsverhalten, hat das indirekt Effekte auf die Zahl der Geburten.

Prof. Dr. Ursula Münch: Jetzt war hier eine Wortmeldung – bitte. Und dann gehen wir wieder nach vorne.

Fragestellerin: Ich bin ehemalige Lehrerin und inzwischen in Rente. Also: Frauen kriegen Kinder und nicht Männer, das ist wohl klar. Die Politik macht sehr viel, um zu verhindern, dass Frauen Kinder kriegen. Ich sage nur einige Beispiele: Es gibt das Steuersplitting. Das gilt für Ehepaare, das gilt demnächst auch für Schwu- lenpaare, aber das gilt nicht für eine alleinerziehende Mutter mit einem Kind, was bedeutet: Die Frau mit Kind wird benachteiligt, obwohl es auch ein Zwei-Perso- nen-Haushalt ist. Ein Mann mit einer Frau wird genauso bevorzugt, wie später Lesben- und Schwulenpaare. Das Nächste: Die Politik macht sehr viel Negati- ves, wenn es um die Rente geht. Eine Frau ist heute inzwischen gezwungen zu

arbeiten, um Rentenansprüche zu erwerben, und zwar durch eigene Leistungen, nicht durch den Ehepartner. Früher bekamen sie auch die Rente des Ehepartners, wenn dieser verstarb. Heute ist das nicht mehr der Fall. Sie muss also die ganze Zeit arbeiten, um eine eigene Rente zu erhalten, sonst gleitet sie automatisch in die Altersarmut.

Der letzte Punkt, den ich sagen möchte: Genügend Krippenplätze und Kindergartenplätze gibt es bis heute nicht. Ein Thema, das ich schon seit 50 Jahren verfolge. In der Bundesrepublik ist die Situation ein Drama – schauen Sie mal nach Frankreich: Dort können Sie Kinder mit zweieinhalb Jahren problemlos in den Kindergarten geben oder schon nach der Geburt in die Krippe. Das ist in Deutschland längst nicht der Fall, und es wird wahrscheinlich in den nächsten 10 Jahren auch nicht der Fall sein. Was macht die Politik? Das ist doch die Grundlage dafür.

Prof. Dr. Ursula Münch: Danke schön. Das sind jetzt natürlich Teilaspekte der Familien- und der Rentenpolitik, auf die wir nicht allzu lange eingehen können, weil wir ja vor allem die Frage des demografischen Wandels behandeln wollen. Aber da sich der Herr Schneider auch mit diesen Themen beschäftigt hat, eine kurze Antwort, Herr Schneider.

Prof. Dr. Norbert F. Schneider: Zwei kurze Antworten. Die erste kurze Antwort lautet: Es gibt europäisch vergleichende Studien, die bringen die Geburtenrate und die weibliche Erwerbstätigkeit in Verbindung. Es gibt einen engen Zusammenhang – fast linear: Je höher die Erwerbstätigkeit der Frau, desto höher die Geburtenrate.

Der zweite Teil der Antwort: Ausbau der Kinderbetreuung. Warum tut man sich in Westdeutschland – das ist massiv different zwischen Ost und West – so schwer? Weil wir im Westen nach wie vor diese Idee der guten Mutter haben. Die Mutter gehört zum Kind. Eine gute Mutter kann nicht erwerbstätig sein. Das ist die Idee. Eltern stehen zudem unter Generalverdacht. Egal, was sie für ihre Kinder tun, es ist zu wenig. Das ist auch Teil dieser Kultur. Mithin ist Kinderbetreuung stigmatisiert. Das ist der Grund, warum sie lange Zeit nicht ausgebaut wurde. Man hat gedacht, man schadet der kindlichen Entwicklung, was empirisch nicht belegt ist. Der entscheidende Punkt ist: Als Ursula von der Leyen die Elternzeit eingeführt und den Erziehungsurlaub abgeschafft hat, war das gewissermaßen ein Rückgang von einer dreijährigen zu einer einjährigen Auszeit als Regelzeit, und es war völlig klar, dass diese Lücke durch einen raschen Ausbau der Kinderbetreuung geschlossen werden musste. Aber wie wurde die Sache diskutiert? Es wurde argumentiert, man müsse die Kinderbetreuung ausbauen, um die weibliche Erwerbstätigkeit zu fördern, womöglich sogar die weibliche Selbstverwirklichung. Dänemark hat mit Abstand den höchsten Anteil betreuter Kinder in Europa. Dort ist völlig klar, Kin-

derbetreuung muss ausgebaut und qualitativ höchstwertig gestaltet werden, um etwas für die Kinder zu tun, weil sich Kinder, die sich eine gewisse Zeit in solchen Einrichtungen aufhalten, signifikant besser entwickeln als Kinder in einer rein familiengestützten Erziehung.

Wir tun also etwas für die Kinder und nicht für die weibliche Selbstverwirklichung, wenn wir in gute Kinderbetreuung im Vorschulbereich investieren. Nur so eine Diskussion findet in Deutschland gar nicht statt. Das ist ein kulturelles Problem und solange wir diese Kultur nicht ändern, und diese ist sehr resistent gegen Wandel, solange werden wir in dieser Sackgasse stecken bleiben.

Wir können in Deutschland zwei Dinge empirisch messen: Erstens, die Vereinbarkeitsproblematik wird nach Südkorea weltweit als am größten ausgeprägt wahrgenommen. Zweites, wiederum nach Südkorea, Deutschlands Eltern haben die größte Angst davor, in der Erziehung etwas falsch zu machen. Das ist unser Problem!

Prof. Dr. Ursula Münch: Die deutschen Ängste! Herr Hoffmann, Sie hatten sich gemeldet und dann Herr Eisfeld, wenn ich das richtig sehe.

Jörg Hoffmann (Münchner Stadtrat): Ich habe eine Frage, die bei der ganzen Diskussion um die Bevölkerungsentwicklung, wenn wir auf deutscher Ebene darüber sprechen, immer zu kurz kommt. Ich meine diesen eklatanten Widerspruch: Wir haben heute gelernt: Die Bevölkerung sinkt, und das bringt Probleme mit sich. Global gesehen haben wir aber seit 100 Jahren eine eklatante Bevölkerungsexplosion. Wir sind jetzt bei 7,5 Milliarden Menschen, wir werden demnächst bei 8, 9 oder 10 Milliarden sein. Diese Anzahl der Menschen steht im engen Zusammenhang mit Umweltzerstörung und Klimawandel. Es geht gar nicht darum, wie viele Windräder wir bauen oder wie viel Photovoltaik wir noch machen, sondern es geht schlichtweg um die Anzahl der Menschen auf diesem Planeten, die im Moment eine Größenordnung erreicht hat, die für diesen Planeten unzumutbar ist.

Jetzt wohnen zwei Herzen in einer Brust. Als Deutscher möchte man natürlich, dass die demografische Entwicklung möglichst so verläuft, dass sie sich für das Land und für die Regionen, die davon betroffen sind, positiv auswirkt. Wenn ich mir das aber weltweit betrachte, dann muss ich eigentlich sagen: Wir gehen mal wieder mit sehr gutem Beispiel voran, wir senken unsere Bevölkerung. Wenn uns das alle Staaten der Welt nachmachen würden, hätten wir vielleicht global betrachtet weniger Probleme. Wie kann man diesen Widerspruch auflösen?

Prof. Dr. Norbert F. Schneider: Im globalen Maßstab ist es völlig klar, dass unsere demografischen Probleme klein sind. Länder in Afrika und in der arabischen

Welt verdoppeln ihre Bevölkerung innerhalb von 30 Jahren. Das muss man sich vorstellen – und das haben wir auch gemacht! Nämlich phasenweise seit Ende des 19. Jahrhunderts. Das nennen wir demografischer Übergang, den alle Länder innerhalb von 100 Jahren durchlaufen. Damals waren wir auch schon eines der ersten Länder. Das Bevölkerungswachstum global ist sicherlich eine sehr viel größere Frage als die Schrumpfungszonen, zu denen wir gehören.

Neue Menschen sind eine Belastung für diesen Planeten? Ich würde dringend abraten, in dieser Richtung zu denken, da wird es ganz schnell ethisch problematisch. Natürlich ist ein Rückgang der Geburtenrate in diesen massiven Wachstumsregionen ein wichtiges politisches Ziel. Das wird auch betrieben über die intensivste Bildungsbeteiligung der Frauen und durch eine veränderte Form der Zugangsmöglichkeiten zu Verhütungsmitteln. Das Vorhaben scheitert aber sehr oft an patriarchalen Strukturen, die man nicht einfach so verändern kann. In Ländern, wo es für den Mann statusrelevant ist, möglichst viele Kinder zu haben, kann man nicht sagen: Deine Frau soll sich bilden, dann bekommt sie weniger Kinder! Das passt kulturell nicht. Aber trotzdem werden wir davon ausgehen können, dass die Geburtenraten in allen Ländern sinken und alle Länder dieser Welt Bevölkerungsschrumpfungen erleben werden, aber erst in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts. Wir sind hier wiederum weit voraus.

Alle Länder werden altern, das ist sicher. Wir gehören zu den ersten mit massiver Alterung, umso besser. Es ist eine Herausforderung. Wir müssen Strategien entwickeln, wie wir damit umgehen können. Aber wenn wir sie entwickelt haben, können wir sie anderen anbieten, die diese Aufgabe noch vor sich haben. Und wir können ihnen vielleicht helfen oder positive Entwicklungen in Gang setzen. Das sehe ich als Chance und deswegen müssen wir uns anstrengen.

Prof. Dr. Ursula Münch: Also der Umgang mit der demografischen Entwicklung als Exportartikel! Das ist eine Komponente, an die ich noch nicht gedacht habe. Schon wieder etwas dazu gelernt. – Herr Eisfeld.

Karl Heinz Eisfeld (Leiter der Volkshochschule SüdOst/Neubiberg-Ottobrunn): Ich bin als Volkshochschulmann mit dem lebenslangen Lernen befasst und möchte einen Dank an Sie aussprechen und eine Frage an Sie richten. Der Dank zunächst: Ich hatte immer schon den Eindruck, dass wir dazu neigen, aus Herausforderungen schnell Probleme zu machen. Sie haben uns heute sowohl an der Wachstumsgeschichte als auch selbst an der Alterungsfrage einige Sorgen genommen, aber zugleich einen Auftrag gegeben. Und Sie haben als Lösung, das habe ich mit großer Begeisterung gehört, zwei Begriffe verwendet, die scheinbar in die Jahre gekommen sind und nicht mehr so wichtig gewesen zu sein scheinen. Nämlich die Begriffe Daseinsvorsorge und Grundversorgung. Diese beiden Begrif-

fe, kombiniert noch mit dem Gedanken der Gemeinwohlorientierung, sind wohl eine Besonderheit unserer Gesellschaft, wie sie historisch gewachsen ist.

Jetzt meine Frage: Sie haben es gefordert, und auch ein Beispiel genannt, wo Sie uns auf einem guten Weg sehen, nämlich bei der Kinderbetreuung. Hätten Sie denn noch ein paar andere Anregungen, die wir mitnehmen können – als Beitrag zur Grundversorgung und Daseinsvorsorge? Sie haben Kultur und Infrastruktur genannt, Soziales, Ökologisches und auch den Bildungsbereich.

Prof. Dr. Norbert F. Schneider: Das mache ich gerne. Was sicherlich ein wichtiger Punkt ist, ist die Gesundheitsvorsorge oder der Zugang zu Gesundheitsleistungen. Ich sagte vorhin schon, dass dies in zentralen Orten, also dezentral zentralisiert entwickelt werden muss. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Mobilität ist ein zweiter wichtiger Punkt, denn wenn vor Ort das Angebot nicht mehr vorhanden ist, müssen die Menschen befähigt sein, das entfernt liegende Angebot möglichst bequem erreichen zu können, um es zu nutzen. Also Mobilität ist eine zweite Grundvoraussetzung. Und Zugang, das hat natürlich damit zu tun. Aber mit Zugang meine ich jetzt vor allem einen virtuellen Zugang zu Leistungen, über das Internet, das heißt, dass man nicht mehr nur über einen persönlichen Kontakt oder eine über Anwesenheit vermittelte Leistung denkt, sondern über eine virtuell vermittelte.

Deswegen ist der Zugang zu Infrastruktur im IT-Bereich absolut vorrangig, vor allem in strukturschwachen Regionen. Das ist natürlich ein Problem für Investoren. Trotzdem halte ich es für eine zentrale Forderung, um diesen Zugang zu gewährleisten. Wir müssen uns davon befreien, zu glauben, dass das Gemeinwesen in 20, 30 oder 40 Jahren in den strukturschwachen Regionen noch so funktioniert wie vor 20, 30 oder 40 Jahren. Es wird anders funktionieren. Es wird mehr virtuell gestützt funktionieren. Das muss nicht heißen, dass es schlechter ist, es ist nur anders.

Was ebenfalls anders sein wird: In diesen alternden Strukturen und Regionen wird es neue Formen des Zusammenlebens alter Menschen geben, und das trage ich jetzt ein bisschen an Ihre Frage heran: Es ist vollkommen klar, dass Alterung zunächst einmal eine Zunahme der Lebensjahre in Gesundheit heißt. Das ist prima! Denken Sie sich den Menschen vor 60 Jahren oder vor 100 Jahren im Alter von 65. Dieser Mensch war gebrechlich, er war am Ende, er war gesundheitlich massiv beeinträchtigt, und er hatte nur noch eine Lebenserwartung von drei bis vier Jahren vor sich. Der heute 65-Jährige steht in der Regel mitten im Leben, er hat noch eine riesige Zukunft. Aber wir sagen: Auf Wiedersehen mit 63, wenn du willst, geh!

So kann es nicht weitergehen. Wir müssen vorsehen, wie wir Menschen im Alter zwischen 65 und 75 über das Erwerbssystem, über bürgerschaftliches Engage-

ment, über Unterstützungsleistungen aktiv in Generationsbeziehungen halten. Viele wollen das. Nur haben wir gesellschaftliche Strukturen, die immer noch auf Exklusion ausgerichtet sind, geleitet von diesem überkommenen Altersbild. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass nach dem Zugewinn an Leben und Gesundheit der Tod oder das Siechtum kommt. Das ist nun mal so. Die Pflegeproblematik wird steigen. Die Pflegeversicherung wird es nicht richten können, der Markt auch nicht und die Familien auch nicht. Insofern müssen wir neue Wohn-, Lebens- und Solidarformen erfinden, die mit dieser Problematik umgehen. Da sehe ich eine riesige Aufgabe für die Gesellschaft.

Ohne eine erfolgreiche Lösung und Bewältigung dieser Aufgabe wird es eng, aber es gibt viele Ansätze. Ich war kürzlich in einer Wohneinrichtung, wo Privatheit und Öffentlichkeit in interessanter Weise vermischt sind. Es gibt einen Pflegedienst im Haus und regelmäßige gemeinsame Veranstaltungen. Das ist im Moment noch etwas, was sich hauptsächlich Bessersituierte leisten können. Es ist aber ein Einstieg. Und man muss, glaube ich, als Solidarform neue Familienformen finden, in denen 65-jährige Menschen mit 70- und 80-Jährigen zusammenkommen, und dabei Pflegekonten, also Zeitkonten entwickeln: Mit 65 unterstütze ich die 80-jährigen, mir vorher nicht bekannten Menschen –, und wenn ich selbst 80 bin, habe ich Anspruch darauf, dass ich von den dann 65-Jährigen unterstützt werde.

Solche Modelle gibt es bereits. Es gibt Zeitkonten, die man wie Geldkonten füllen kann: Ich kann etwas leisten und mich dann wieder entsparen. Dasselbe gilt für Dienstleistungen, die ich erbringen und danach in Anspruch nehmen kann. An der Stelle gibt es riesige Spielräume, die wir bisher jenseits des Marktes noch gar nicht richtig ausgeleuchtet haben. Ohne das zu tun, werden wir unter bestimmten Aspekten die Alterung der Gesellschaft kaum bewältigen können. Da ist Fantasie gefragt und da können auch strukturschwache Räume wunderbare Modelle entwickeln.

Gudrun Brendel-Fischer (MdL): Ich komme aus Oberfranken und ich möchte, um nicht Vorurteile zu verstärken, die im Laufe des Abends durch die eine oder andere Folie deutlich geworden sind, und die wir im Bayerischen Rundfunk auch immer vermittelt bekommen, zur Ehrenrettung Nordost-Oberfrankens noch ein paar positive Entwicklungen schildern. Wenn Sie nur überlegen, wie Oberfranken und der nordostbayerische Raum zum Beispiel die Wirtschaftskrise aufgrund seines Branchenmixes der zahlreichen buntgemischten Mittelständler bewältigt hat. Wir haben eben keine Großbetriebe, wie das hier im Raum München der Fall ist, sondern viele kleine aus den unterschiedlichsten Branchen.

Wir haben die Wirtschaftskrise rasch überwunden und sind dank Förderung,

auch durch Strukturhilfe, wirklich auf einem guten Weg, aber mittlerweile auch durch selbstbewusste, innovative Unternehmer. Wir haben inzwischen eine Wahnsinnsexportquote, von der wir vor 30 oder 40 Jahren noch geträumt hätten. Ich denke, man darf Strukturschwäche nicht immer so einseitig definieren. Wenn wir in Oberfranken zurückschauen: Wie viele Flüchtlinge und Vertriebene sind dort hängengeblieben? Wir waren vor dem Krieg, vor dem Vertreibungsszenario auch schon mal deutlich weniger an Bevölkerung.

Man muss immer das Ganze sehen und ich bin stolz darauf, wie sich Oberfranken entwickelt hat, und ich würde mich freuen, wenn das in den Medien auch öfter so rüberkäme. Wir fühlen uns von den Medien etwas schwarz gemalt. Und – Sie sind ja auch Franke, habe ich gerade gehört – wir haben auch gerade bei den neuen Weichenstellungen vor, durch eine besonders ausgeprägte Familienfreundlichkeit, gerade auch in der Privatwirtschaft, Synergien zu stärken, die die Verbindung von Familienwelt und Arbeitswelt betrifft. Wir spüren in den letzten Jahren bereits, dass wir an Bevölkerung, an Zuzug gewinnen. Wir haben nicht mehr die Bevölkerungszunahme aus eigenem Potenzial, aber wir haben verstärkt Zuzüge, die es schätzen, in so einem aktiven Wirtschaftsraum im Grünen zu leben.

Prof. Dr. Ursula Münch: Kollege Schneider kann nichts für die Medienberichterstattung, aber wir haben einige Vertreterinnen und Vertreter der Medien da, die diese Veranstaltung mit großem Interesse verfolgen. Vielleicht kommt einiges dort in Zukunft noch etwas differenzierter an. – Herr Schneider bitte.

Prof. Dr. Norbert F. Schneider: Ich wollte keinen Beitrag zur Schwarzmalerei in Oberfranken leisten. Ich bin ein Rehauer. Als ich wegging, gab es 11.000 Einwohner, in 20 Jahren sollen es noch 7.000 sein; Hof 55.000, jetzt 45.000. Das ist zunächst einmal nicht zu ignorieren. Ich war kürzlich in Selb und war erschrocken, wie die Innenstadt aussieht, Leerstand, Verfall. Es gibt da auch nichts zu beschönigen. Aber Sie haben vollkommen Recht, man muss beide Seiten sehen.

Rehau ist so ein Beispiel mit mehreren, auch auf dem Weltmarkt, sehr erfolgreichen Mittelständlern. Es gibt kaum Arbeitslosigkeit. Es gibt enorme Pendlerströme, die vom Frankenwald, vom Fichtelgebirge nach Rehau zur Arbeit fahren. Der entscheidende Punkt ist aber: Es gibt keine große Neuansiedlung, die Menschen pendeln.

Diese Regionen müssen eine Idee entwickeln, wie sie für Zuwanderung attraktiv werden können. Familienfreundliche Erwerbstätigkeit ist sicherlich eine solche Idee. Man muss aber auch sehen, dass Zuwanderung immer heißt: Abwanderung woanders. Wir verteilen knappe Mittel neu und schöpfen nicht aus dem Vollen. Wenn jemand nach Hof kommt, dann geht er woanders weg. Insofern habe ich

von der Wettbewerbssituation gesprochen, und es ist vollkommen klar, dass wir kleinräumig Wanderungsgewinne anstreben können, aber großflächig werden wir aller Voraussicht nach massive Verluste an Bevölkerung erst mal verkraften müssen. Und das läuft auch im sehr kleinräumigen Kontext von Ort zu Ort sehr unterschiedlich.

Ich habe Mitarbeiter, als Beispiel nur, die kommen von überall aus Deutschland nach Wiesbaden oder nach Mainz und müssen sich dort ansiedeln. Sie sind nach dem Universitätsabschluss alle so Mitte, Ende 20 und treffen ihre Wohnortentscheidung danach, wo sie einen Krippenplatz bekommen. Also, wenn Sie junge Menschen wollen, bieten Sie Krippenplätze an. Das ist ein sehr einfacher Mechanismus, er funktioniert nicht überall und nicht immer dauerhaft, aber er ist ein gutes Beispiel.

In anderen Bereichen mag es andere Nachfragestrukturen geben. Daran muss man sich orientieren, das meine ich mit Erneuerung und Neuerfindung. Da ist Kreativität gefragt. Zu Ende gedacht heißt das immer, die Kreativen, die Starken, die Guten setzen sich durch und die anderen zahlen den Preis dafür. Das gilt auch hier im Rahmen der Bewältigung des demografischen Wandels.

Prof. Dr. Ursula Münch: Jetzt haben wir nicht nur einen Wettbewerb um die Zuwanderer, wir haben auch einen Wettbewerb um die Fragen und die Wortmeldungen. Ich bitte um Verständnis, dass wir so langsam zum Ende kommen, weil Sie ja auch noch ein anderer Programmpunkt erwartet.

Christian Bräu (Geschäftsführer des regionalen Planungsverbands München):

Der regionale Planungsverband München ist der Raum Stadt München und die acht umliegenden Landkreise. Ich habe lange gezögert, ob ich jetzt noch ein neues Thema einbringen soll. Aber ich glaube, es ist notwendig. Wir haben bisher noch nicht über Geld geredet. Wenn man über Daseinsvorsorge, vor allem in Gebieten spricht, die bei der demografischen Entwicklung Probleme bekommen, dann kostet das Geld, und das Geld muss irgendwo herkommen. Ich beziehe mich auf den ursprünglichen Titel der Veranstaltung „Boomtown“ und „Ödnis“. Es ist ja so, dass in der Region München weit über 50 Prozent der Steuereinnahmen an staatlichen Finanzämtern generiert werden, und von diesen weit über 50 Prozent wiederum drei Viertel in der Stadt und im Landkreis München. Wir leiden darunter – auch eine solch reiche Region wie München hat Probleme –, dass wir im Wesentlichen mit der Infrastruktur von vor 20 Jahren diese Zuwanderung abfedern müssen. Wo soll in Zukunft das Geld herkommen für eine immer größere Anzahl von Gemeinden und Landkreisen, die mehr Geld für die Daseinsvorsorge ausgeben müssen. Das ist meine Frage.

Prof. Dr. Ursula Münch: Das ist eine große Frage, trotzdem die Bitte um eine überschaubare Antwort.

Prof. Dr. Norbert F. Schneider: Die Frage kann ich sicherlich nicht befriedigend beantworten. Aber ich denke, es wird vor allem darum gehen, was ich schon wiederholt versucht habe, anzudeuten, nämlich: Neue Lösungen zu finden! Es geht um Kreativität, nicht um mehr Geld.

Mein Beispiel ist der öffentliche Nahverkehr. In einigen Regionen Ostdeutschlands wurde er komplett neu organisiert. Soweit ich das beurteilen kann, gibt es keine Probleme im Hinblick auf die Befriedigung der Nachfrage, und in der Regel ist er kostengünstiger als vorher, zum Beispiel diese Sammel- oder Ruftaxis.

Es kann nicht die Frage sein, wo das Geld herkommt, um die Strukturen zu erhalten, sondern wie wir uns anpassen können, damit wir mit dem vorhandenen Geld noch immer eine hohe Lebensqualität sicherstellen können. Und das geht nur über Innovation.

Fragestellerin: Ich bin vielfach engagiert in der Gesellschaft, aber nicht in einer Institution. Mir ist einiges dazu eingefallen, jetzt auch bei den Beiträgen. Es hat sich schon ziemlich verbreitet, dass es eigentlich nicht mehr um den Begriff Wachstum gehen kann. Das heißt, dass man nicht immer von irgendwas, zum Beispiel Straßen, immer mehr kreieren will. Das ist wohl vorbei. Das andere, was ich ganz wesentlich finde, und was ich vermisse, auch ein bisschen bei Ihnen vermisst habe, obwohl es nicht Ihre Aufgabe ist: Eine Mangelsituation oder Schrumpfsituation ist ja nichts Schlimmes. Das kann man auch nutzen, um kreativ damit umzugehen, und diese Kreativität zusammenzubringen. Diese ganzen Probleme zu suchen, die es in einer dörflichen oder örtlichen Bevölkerungsgemeinschaft gibt, das hieße, die Einzelnen wieder zur politischen Teilnahme zu bewegen, allerdings nicht, damit sie jetzt in Parteien eintreten, sondern um selber mitzubestimmen bei dem, was die Stadt, der Ort oder das Dorf will, das heißt, politische Teilnahme zu ermöglichen. Das denke ich, wird aber auf großen Widerstand von Politikerinnen und Politikern stoßen. Diese müssten sich mehr als Teil des Prozesses begreifen, und sollten nicht aus einer Herrschaftsposition etwas vorzugeben versuchen. Das nur als Anregung.

Prof. Dr. Ursula Münch: Herr Schneider kommt sicher gleich noch darauf zu sprechen. Diese Frage hätte mich auch interessiert: Muss man das Ganze noch stärker partizipativ einbinden?

Prof. Dr. Norbert F. Schneider: Das ist mir ganz wichtig. Ich sagte, bevölkerungsorientierte Politik findet hauptsächlich vor Ort statt, und die Kommunen,

die Solidargemeinschaft müssen sich konzertiert, also mit Verbänden, mit Wirtschaft, mit den Bürgern, mit den Politikern zusammensetzen und sich fragen: Wo stehen wir? Wo wollen wir hinkommen? Und wie können wir das erreichen? Das kann nicht von oben verordnet werden. Das kann auch nicht durch Geldflüsse sichergestellt werden. Das muss gemeinsam erarbeitet und gemeinsam gestaltet werden. Und wenn es so läuft, wenn also die Menschen vor Ort ihren eigenen Weg ein Stück weit bestimmen können, dann wird sich auch diese Vielfalt einstellen, die wir brauchen. Es gibt keine Catch-all-Lösung, die für alle gleich ist, sondern wir brauchen eine Vielfalt der Lösungen, die sich an den spezifischen Besonderheiten vor Ort orientiert. Es muss ein Prozess sein, ein dialogischer Prozess, zwischen politischen Rahmenbedingungen, die von München oder von Berlin kommen, und den Bedarfen und Ideen der Menschen vor Ort.

Prof. Dr. Ursula Münch: Jetzt war hier noch eine Wortmeldung.

Fragesteller: Herr Professor Schneider, Sie haben den gewaltigen Altersstrukturwandel erwähnt. Wird da genügend Vorsorge getroffen, dass die daraus folgenden finanziellen Probleme gelöst werden können? Das heißt, können wir uns weiterhin eine Ausbildung leisten, die länger dauert als in anderen Ländern? Können wir es uns leisten, dass die Altersversorgung bei allen Leuten mit 65 oder demnächst etwas später – das ist ein anderes Problem – einsetzt? Können wir es uns leisten, Leute einfach in Pension oder in Ruhestand zu schicken, obwohl sie noch, wie Sie sagten, voll im Saft stehen und noch Leistung erbringen können? Müssen wir nicht über Lösungen nachdenken, dass diejenigen, die sich in der Lage fühlen, auch länger arbeiten können? Der CDU-Abgeordnete Lindemann hat dieser Tage den Vorschlag gemacht, dass freiwillig weitergearbeitet werden kann, und dass dafür besondere Voraussetzungen geschaffen werden. Wird da genügend gemacht?

Prof. Dr. Norbert F. Schneider: Vielen Dank für diese Frage. Ich bin ein großer Kritiker der aktuellen Ruhestandsdiskussion, die sich an einem chronologischen Lebensalter festmacht. Rente mit 65, mit 67, mit 63 – das passt nicht. Was wir brauchen, sind flexible Übergangswege vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Auch das muss man neu erfinden. Es ist vollkommen klar, dass sich bei einem Menschen, der mit 15 als Lehrling anfängt und später auf dem Bau steht, die Lage mit 63 anders darstellt als bei einem Akademiker, der seinen Lebenssinn wesentlich aus seiner Berufstätigkeit schöpft, der mit 30 überhaupt erst angefangen hat zu arbeiten und der körperlich nicht ruiniert ist. Im Professorenjob sind die Positionen äußerst begehrt, wo man noch bis 68 aktiv bleiben kann, und nicht mit 65 schon ausscheiden muss. Selbstverständlich gibt es ein wachsendes Potenzial auf Grund der veränderten Bildungsbeteiligung. Dieses Potenzial von

Menschen, die mit 65 noch nicht aussteigen wollen, wird permanent größer werden. Und dafür müssen wir das System verändern.

Aber wir dürfen jetzt auch nicht sagen: Wenn es uns allen so gut geht, dann definieren wir Ruhestand und Alter neu, und 65 bis 75 heißt jetzt, die Gesellschaft erwartet, dass wir alle erwerbstätig sein müssen, um die Zukunft der Gesellschaft zu sichern. Dann würde man über das Ziel hinausschießen. Auch hier brauchen wir Vielfalt, Flexibilität, Bedarfsorientierung und keine Standardlösungen.

Prof. Dr. Ursula Münch: Herr Schneider, das war ein schönes Schlusswort: keine Standardlösungen! Demografische Entwicklung ist nicht mit Standardlösungen zu gestalten! Wir haben dieses gelernt, wir haben noch einiges andere gelernt.

Ich entschuldige mich bei denjenigen, die mit ihrer sicherlich sehr interessanten Frage nicht zu Gehör gekommen sind. Entschuldigen Sie, dass Sie sie nicht stellen konnten. Vielleicht hat Herr Schneider nachher, wenn er kurz etwas gegessen hat, noch mal die Zeit, darauf einzugehen.

Ich bedanke mich bei all denjenigen, die konstruktiv mitgewirkt haben. Vielen Dank für Ihre Teilnahme! Und natürlich vor allem: Ganz herzlichen Dank noch mal für ein vorzügliches Referat und eine ausgesprochen interessante Diskussion! Ganz herzlichen Dank an die Landtagsvizepräsidenten! Und – Frau Aures – ich darf es jetzt gleich im Namen des Landtags tun: Sie alle sind herzlich zum Empfang eingeladen! Auch dafür herzlichen Dank an den Landtag und an die Bediensteten!

Ich wünsche Ihnen einen vergnüglichen Abend, noch interessante Diskussionen und ich hoffe, Sie haben den Abend genossen. – Danke schön!



Inge Aures, II. Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags | Prof. Dr. Norbert Schneider, Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung | Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing



Prof. Dr. Norbert Schneider sprach in seinem Vortrag über Herausforderungen und Schwierigkeiten, aber auch über Chancen und Möglichkeiten, die sich aus dem demografischen Wandel in Bayern ergeben.

Herausgeber

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1
82327 Tutzing
www.apb-tutzing.de

Bayerischer Landtag
Maximilianeum
Max-Planck-Straße 1
81675 München
www.bayern.landtag.de